

**Naturgefahren vermitteln,
Eigenvorsorge stärken**



Universität für Bodenkultur Wien
University of Natural Resources
and Applied Life Sciences, Vienna

powered by **klima+energiefonds**

**Empfehlungen für die Einbeziehung von
Zugezogenen und MigrantInnen**

NATURGEFAHREN VERMITTELN, EIGENVORSORGE STÄRKEN

Empfehlungen für die Einbeziehung von
Zugezogenen und MigrantInnen



Universität für Bodenkultur Wien
University of Natural Resources
and Applied Life Sciences, Vienna

powered by 

REPORT
REP-0685

Wien 2019

Autorinnen und Autor

Therese Stickler, Maria Balas, Natalie Glas (Umweltbundesamt)

Karin Weber, Britta Fuchs, Doris Damyanovic (Institut für Landschaftsplanung,
Universität für Bodenkultur Wien)

Susanna Wernhart, Johannes Hübl (Institut für Alpine Naturgefahren, Universität für Bodenkultur Wien)

Lektorat

Ursula Liebl (Universität für Bodenkultur Wien)

Satz/Layout

Elisabeth Riss (Umweltbundesamt)

Umschlagphoto

© Irene Oberleitner (Umweltbundesamt)

Das Projekt „CCCapMig – Klimawandel und Naturgefahren: Stärkung von Risikobewusstsein und Eigenvorsorge bei Personen mit Migrationshintergrund“ wurde aus Mitteln des Klima- und Energiefonds gefördert und im Rahmen des Austrian Climate Research Programme durchgeführt. Das interdisziplinäre Projektteam setzte sich aus Forschenden des Instituts für Landschaftsplanung (BOKU Wien), des Instituts für Alpine Naturgefahren (BOKU Wien), des Umweltbundesamtes sowie der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen zusammen.

Die vorliegenden Handlungsempfehlungen wurden als Teil des Projektes entwickelt.

Dank

Ein besonderer Dank geht an die Interviewpartnerinnen und -partner, deren Sichtweisen und Erfahrungen in die Entwicklung der Handlungsempfehlungen eingeflossen sind. Viele von ihnen haben auch durch die Vermittlung von weiteren Personen für Interviews unterstützend mitgewirkt. Sie kamen aus folgenden Institutionen:

Gemeinde Berndorf; Gemeinde Hirtenberg; Gemeinde Leobersdorf; Gemeinde Pottenstein; LEADER-Region Triestingtal; Triesting Wasserverband; Freiwillige Feuerwehren Berndorf, Leobersdorf und Pottenstein; Kulturverein MLADOST; Türkisch-Österreichischer Kulturverein Berndorf/St. Veit; Wildbach- und Lawinenverbauung, Gebietsbauleitung Wien, Burgenland und Niederösterreich Ost; Niederösterreichische Landesregierung, Abteilung Wasserbau; Niederösterreichischer Zivilschutzverband; Kärntner Landesregierung, Abteilung Wasserwirtschaft, Schutzwasserwirtschaft und Öffentliches Wassergut; Oberösterreichische Landesregierung, Abteilung Umweltschutz; Architekt & Baumeister Schindelegger; Energie- und Umweltagentur NÖ; NÖ.Regional.GmbH; Gemeinde Grünburg; Gemeinde Hinterstoder; Gemeinde Kremsmünster; Gemeinde Windischgarsten; Stadt Steyr; Regionalmanagement OÖ, Geschäftsstelle Steyr-Kirchdorf; Freiwillige Feuerwehren Grünburg, Kremsmünster und Windischgarsten; Integrationszentrum Paraplü-Steyr; Wildbach- und Lawinenverbauung, Sektion Oberösterreich; Oberösterreichische Landesregierung, Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft, Abt. Wasserwirtschaft; Gewässerbezirk Linz; Oberösterreichischer Zivilschutz; BMNT, Abteilung IV/1 Koordinierung Klimapolitik sowie allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Fokusgruppen.

Weitere Informationen zu Umweltbundesamt-Publikationen unter: <http://www.umweltbundesamt.at/>

Impressum

Medieninhaber und Herausgeber: Umweltbundesamt GmbH
Spittelauer Lände 5, 1090 Wien/Österreich

Das Umweltbundesamt druckt seine Publikationen auf klimafreundlichem Papier.

© Umweltbundesamt GmbH, Wien, 2019

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-99004-504-6

INHALTSVERZEICHNIS

ZUSAMMENFASSUNG	5
EINLEITUNG	7
ENTWICKLUNG DER EMPFEHLUNGEN	14
HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN.....	15
1 GEMEINDEN.....	16
1.1 Weiterbildung auf Gemeindeebene forcieren	17
1.2 Zugezogene Personen mit und ohne Migrationshintergrund für Naturgefahren sensibilisieren	23
1.3 Naturgefahrensicheres Bauen und Sanieren in der Gemeinde forcieren	28
1.4 Zur Eigenvorsorge motivieren und befähigen	34
2 EINSATZORGANISATIONEN MIT FOKUS AUF FREIWILLIGE FEUERWEHREN.....	41
2.1 Personen mit Migrationshintergrund in die Freiwilligen Feuerwehren holen	42
2.2 Weiterbildung der Feuerwehrmitglieder für den Umgang mit Migrantinnen und Migranten forcieren.....	47
2.3 Über Feuerwehren zu Naturgefahren und Eigenvorsorge informieren.....	49
3 IN DER INTEGRATION TÄTIGE ORGANISATIONEN.....	52
3.1 Integrationsaktivitäten mit Naturgefahren verknüpfen	53
4 FÜR BAUEN UND SANIEREN ZUSTÄNDIGE AKTEURINNEN UND AKTEURE.....	56
4.1 Naturgefahrensicheres Bauen und Eigenvorsorge bewerben und forcieren	56
5 BEVÖLKERUNG – SPEZIELL ZUGEZOGENE PERSONEN	60
5.1 Tipps für den Schutz vor Naturgefahren	60
6 POLITIK UND VERWALTUNG AUF BUNDES- UND LANDESEBENE	64
VERWENDETE UND WEITERFÜHRENDE LITERATUR	71

ZUSAMMENFASSUNG

Die vorliegende Sammlung von Empfehlungen zum Schutz vor Naturgefahren mit Schwerpunkt auf zugezogene Personen mit und ohne Migrationshintergrund stützt sich auf die Ergebnisse des vom Klima- und Energiefonds geförderten Forschungsprojektes „CCCapMig – Klimawandel und Naturgefahren: Stärkung von Risikobewusstsein und Eigenvorsorge bei Personen mit Migrationshintergrund“. Das Projekt hatte eine Gruppe von Personen im Fokus, über die in Europa noch keine Forschungsergebnisse hinsichtlich ihres Umgangs mit Naturgefahren und Klimawandel vorlagen: Menschen mit Migrationshintergrund im ländlichen Raum.

Überraschend war, dass sich das Risikobewusstsein sowie die Eigenvorsorge der langansässigen einheimischen Bevölkerung von jener der Personen mit Migrationshintergrund nicht stark unterschied. Ebenso waren die beiden wichtigsten Informationsquellen und die Institutionen, denen das meiste Vertrauen entgegengebracht wurde, in beiden Gruppen gleich: Gemeinden und Feuerwehren. Deshalb gibt es bei den vorliegenden Empfehlungen einen deutlichen Schwerpunkt von Maßnahmen für Gemeinden und Feuerwehren.

Da die Verknüpfung von Integration und Vorsorge für Naturgefahren ein neues und sehr anspruchsvolles Thema ist und Gemeinden als auch Feuerwehren dafür einen unterstützenden Rahmen brauchen, sind auch die Maßnahmen, die Bund und Länder setzen sollten, sehr umfangreich. Ergänzend dazu wurden auch Empfehlungen für Organisationen, die Personen mit Migrationshintergrund betreuen, sowie für den Themenblock Bauen und Sanieren entwickelt.

Ein Bündel von Maßnahmen aus Empfehlung 5 richtet sich direkt an die Bevölkerung, und hier speziell an Zugezogene – sowohl durch Binnenmigration innerhalb Österreichs als auch aus dem Ausland. Diese Maßnahmen können z. B. in Form einer Linkssammlung direkt von Gemeinden oder Feuerwehren übernommen werden.

EINLEITUNG

Überschwemmungen, Muren, Hitze, Dürre – das Jahr 2018 war nicht nur in Österreich ein Jahr der Extreme. Weltweit haben seit den 1950er-Jahren extreme Wetterereignisse zugenommen (IPCC 2014). Die Zahl der Naturkatastrophen verdoppelte sich im Zeitraum 1998-2017 im Vergleich zum Zeitraum 1978-1997 weltweit. Auch die dadurch entstandenen Schäden haben sich mehr als verzweifacht. Dieser Trend wird sich fortsetzen (IPCC 2018).

Laut dem Österreichischen Sachstandsbericht Klimawandel 2014 (APCC 2014) ist neben einem Temperaturanstieg auch mit mehr extremen Wetterereignissen zu rechnen. Starke und extreme Niederschläge werden regional vermehrt auftreten. Nicht nur Hochwässer an Fließgewässern, sondern auch Überflutungen durch Starkregen treten in den letzten Jahren und Jahrzehnten häufiger auf (ZAHNT et al. 2018). Sie können innerhalb kurzer Zeit zu Schäden an Gebäuden, Infrastruktur und landwirtschaftlichen Kulturen führen (NÖ LR 2016).

Daraus ergeben sich neue Herausforderungen für das Naturgefahrenmanagement und die Bevölkerung. Neben öffentlich finanzierten Schutzprojekten, durch die jedoch aus technischen und wirtschaftlichen Gründen kein 100-prozentiger Schutz erreicht werden kann, nimmt die Bedeutung privater Eigenvorsorge zu.

Naturkatastrophen auf dem Vormarsch

Mehr extreme Wetterereignisse durch Klimawandel



*Abbildung 1:
Einsatz der Freiwilligen
Feuerwehr beim
Hochwasser im August
2002 am Marktplatz
Kremsmünster
(© FF KREMSMÜNSTER 2002)*

Verknüpfung der Themen Naturgefahren und Integration

Die gemeinsame Betrachtung von Naturgefahren und sozialen Aspekten gewinnt zunehmend an Bedeutung. Die vorliegenden Empfehlungen haben das Ziel, die Themen Naturgefahrenmanagement und Menschen mit Migrationshintergrund – und in weiterer Folge Zuzüglerinnen und Zuzügler im breitesten Sinne – zu verknüpfen.

Menschen mit Migrationshintergrund

Zuwanderung ist Teil der Geschichte

Zuwanderung nach Österreich – sei es aus wirtschaftlichen Gründen oder bedingt durch Flucht – hat Tradition. Im Zuge der GastarbeiterInnenanwerbung, die in den 60er-Jahren begann, erreichte die Zuwanderung 1973 einen vorläufigen Höhepunkt: Der Anteil der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter an den Beschäftigten lag damals bei 8,7 Prozent. Seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union wanderten auch aus dem EU-Raum Personen zu, vor allem 2004/2007 aus EU-Beitrittsstaaten (ÖIF 2014). Größere Migrationsbewegungen bedingt durch Flucht fanden z. B. 1956 aus Ungarn oder in den 90er-Jahren aus dem ehemaligen Jugoslawien statt. 2017 hatten 22,8 Prozent der Bevölkerung Migrationshintergrund (STATISTIK AUSTRIA 20.06.2018).

Die in den letzten Jahren durch Migrationsbewegungen ins Land gekommenen Personen, wie etwa Asylwerbende, stehen nicht im Fokus der vorliegenden Handlungsempfehlungen. Im vorliegenden Bericht werden als Personen mit Migrationshintergrund – unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft – jene Menschen bezeichnet, von denen beide Elternteile im Ausland geboren sind, und die sich in erster oder zweiter Generation in Österreich befinden.

Schwer erreichbare Gruppen

In der gängigen Literatur (STOCK 2011, HEUSER et al. 2013) zählen Personen mit Migrationshintergrund aus unterschiedlichen Gründen hinsichtlich der Informationsweitergabe und Beteiligungsprozesse zu schwer erreichbaren Gruppen.

Personen mit Migrationshintergrund sind sehr unterschiedlich

Menschen mit Migrationshintergrund haben oft geringere Sprachkenntnisse, sind meist nicht in Prozesse der Gemeinden oder in Vereine, in denen auch Einheimische aktiv sind, eingebunden, haben weniger Überlieferungen zu den naturräumlichen Gegebenheiten des neuen Wohnortes und sind oft auch in Bezug auf Bildung oder finanzielle Ressourcen schlechter ausgestattet als länger ansässige Österreicherinnen und Österreicher. Zusätzlich sind sie über herkömmliche Kommunikationskanäle oft unzulänglich erreichbar. Gleichzeitig sind Personen mit Migrationshintergrund durch ihre unterschiedliche Herkunft, Religion, Bildung und Einkommen eine sehr heterogene Gruppe, in der es durchaus gut ausgebildete und dementsprechend verdienende Personen geben kann.

Auch österreichischen Zugezogenen fehlt Naturgefahrenwissen

Die fehlende Einbindung in Vereine wie die Feuerwehr oder mangelndes Wissen zu historischen Hochwässern eines neuen Wohnortes trifft natürlich auch oft für österreichisch-stämmige Zuzüglerinnen und Zuzügler zu. Um Folgen von Naturgefahrenereignissen zu vermeiden und zu bewältigen, ist vor allem bei neu zugezogenen Menschen die Stärkung des Risikobewusstseins und der Eigenvorsorge sowie des Wissens, was im Ernstfall zu tun ist, grundlegend.

Restrisiko

Nach den derzeit geltenden Richtlinien wird der öffentliche Hochwasserschutz für ein Hochwasser ausgelegt, das im Durchschnitt einmal in 100 Jahren auftritt, wobei Abweichungen aufgrund lokaler Gegebenheiten möglich sind. Das bedeutet aber nicht, dass 100-jährliche Ereignisse nicht auch öfter auftreten oder von den Wassermengen übertroffen werden können. Größere Ereignisse können als Folge des Klimawandels oder beispielsweise der Ausdehnung versiegelter Flächen zunehmen (SCHNEIDERBAUER et al. 2018).

Technische Schutzbauten der öffentlichen Hand stellen die Grundsicherheit her. Es bleibt jedoch ein Restrisiko bestehen, das nicht unterschätzt werden darf. Zusätzlich zu den technischen Schutzbauten braucht es eine Reihe begleitender Maßnahmen wie z. B. die Freihaltung von Restrisikoflächen, Bewusstseinsbildung und die Reduktion versiegelter Flächen (Rudolf-MIKLAU 2018).

**Restrisiko bleibt
trotz Schutzbauten
vorhanden**



*Abbildung 2:
Öffentlicher
Hochwasserschutz,
Geschiebesperre
(© ILAP 2018)*

Es wird heute v. a. bei Veranstaltungen zur Vorstellung von Schutzbauten wesentlich klarer gegenüber der Öffentlichkeit kommuniziert, dass ein 100-prozentiger Schutz nicht möglich ist und eine zusätzliche Verantwortung für Eigenvorsorge bei der Bevölkerung besteht. Die konkreten Folgen des Restrisikos, also was wirklich passiert, wenn ein Damm bricht oder ein 300-jährliches Ereignis eintritt, werden meist nur mit Einsatzkräften wie Feuerwehr oder Katastrophenschutz besprochen (STICKLER 2015). Was dies jedoch für Einzelpersonen bedeutet, wird oft nicht erklärt. Die betroffene Bevölkerung geht daher im Regelfall davon aus, dass der bestehende Hochwasserschutz für sie ausreichend ist. Damit bleibt das Restrisiko eine abstrakte und schwer in die konkrete Lebenswirklichkeit übersetzbare Aussage.

**Restrisiko ist für die
Bevölkerung
abstrakt**

Das mangelnde Wissen zum Restrisiko und das fehlende Bewusstsein, dass durch intensive Niederschläge das Risiko für Überschwemmungen auch fernab von Flüssen zunimmt, sowie die längere Abwesenheit von Ereignissen erschweren es, die Eigenvorsorge zu forcieren.

**Eigenvorsorge
braucht Motivation**

Studien zeigen jedoch Folgendes: Es muss erst ein gewisses Minimum an Bedrohungsgefühl oder Sorge vorhanden sein, um Menschen zur Vorsorge zu motivieren (GROTHMANN & REUSSWIG 2006).

Risikobewusstsein und Eigenvorsorge

Risikowahrnehmung von vielen Faktoren beeinflusst

Es gibt verschiedene Faktoren, die das Wissen um Naturgefahren und die Bereitschaft für Eigenvorsorge beeinflussen. Bestimmende Faktoren sind beispielsweise: vorangegangene persönliche Betroffenheit von Hochwasser, Wohnen in Miete oder Eigentum, die Kommunikation von Restrisiko durch zuständige Stellen, das Vorhandensein von Schutzbauten, die individuelle Priorisierung von Risiken und Herausforderungen des Alltags und finanzielle Mittel oder Wissen zur Eigenvorsorge. Zusätzlich ausschlaggebend ist auch, ob jemand Überlieferungen von vergangenen Hochwässern kennt oder z. B. in die Feuerwehr eingebunden ist.

Bereitschaft zur Eigenvorsorge nach Hochwasser

In der Zeit unmittelbar nach einem Hochwasser oder sonstigem Naturereignis sind das Risikobewusstsein und die prinzipielle Bereitschaft vorzusorgen meist hoch. Dieses Risikobewusstsein wird jedoch relativ bald von anderen Anliegen und Wünschen überlagert, das verbleibende Risiko wird verdrängt (WAGNER & SUDA 2004).

*Abbildung 3:
Eigenvorsorge –
Abdichten der
Kelleröffnung
(© ILAP 2017)*



Risikowahrnehmung und Eigenvorsorge – Ergebnisse aus zwei Fallstudienregionen

Da es zum Risikobewusstsein von Personen mit Migrationshintergrund (vor allem im ländlichen Raum) kaum europäische Studien gibt, bilden die Basis für die vorliegenden Empfehlungen vor allem die Ergebnisse aus Befragungen in zwei Fallstudienregionen (Triestingtal in Niederösterreich und Steyr-Kirchdorf in Oberösterreich) und von Interviews mit Fachleuten. Die Untersuchungen in CCCapMig ergaben ein allgemein geringes Risikobewusstsein sowohl innerhalb der österreichischen Bevölkerung als auch der Personen mit Migrationshintergrund. Lediglich in Orten, wo wiederholt Hochwässer auftreten, wie z. B. in Steyr, war ein hohes Bewusstsein auch zum Restrisiko vorzufinden. Dieses Restrisiko wird auch laufend seitens der Stadt Steyr kommuniziert. Da die Auswirkungen von Hochwasser räumlich oft sehr begrenzt sind, war ein länger anhaltendes Risikobewusstsein nur bei Personen anzutreffen, die auch persönlich betroffen waren.

Besonders geringes Risikobewusstsein wurde in beiden Fallstudienregionen bei Personen festgestellt, die neu in die Region gekommen sind und noch wenige lokale Kontakte haben, die sie vorwarnen könnten. Gab es in den vorherigen Wohnorten keine Hochwassergefahr, dann war auch am neuen Lebensmittelpunkt kaum Risikobewusstsein dafür vorhanden. Hier wurde zwischen österreichischer Binnenmigration und der Migration aus einem anderen Land kein Unterschied gesehen.

Bei Motivation und Ausmaß der Maßnahmen zur Eigenvorsorge wurden in den Untersuchungen kaum Unterschiede zwischen der lokalen Bevölkerung und Personen mit Migrationshintergrund festgestellt. So stieg die Motivation freiwillige Maßnahmen zur Eigenvorsorge zu setzen, in beiden Gruppen nach schwereren Ereignissen und persönlicher Betroffenheit. Ein Faktor ist jedoch Wohnen im Eigentum oder in Miete – dies wirkt sich auf die Umsetzung der baulichen Schutzmaßnahmen aus. Da Personen mit Migrationshintergrund eher in Miete leben, sind sie hier in ihren Handlungsmöglichkeiten, am Mietobjekt selbst Maßnahmen zu setzen, eingeschränkt. Hinzu kommen die tendenziell geringeren finanziellen Möglichkeiten und Rücklagen, über die Personen mit Migrationshintergrund verfügen.

**Persönliche
Betroffenheit trägt
zu Risiko-
bewusstsein bei**

**Geringes
Risikobewusstsein
bei Einheimischen
und Zugezogenen**

Risikokommunikation – Wie kann man Personen mit Migrationshintergrund erreichen?

Aus der Praxis: Zugang zu Personen mit Migrationshintergrund	Eine besondere Herausforderung während der Erhebungsphase des Projektes CCCapMig war es, Personen mit Migrationshintergrund im ländlichen Bereich für Befragungen zu erreichen. Es zeigte sich, dass eine Mischung aus unterschiedlichen Zugängen am erfolgversprechendsten war, allerdings dafür dementsprechend Zeit eingeplant werden musste. Sämtliche Interviews und Befragungen wurden direkt vor Ort im persönlichen Kontakt mit den Befragten durchgeführt. Aus diesen methodischen Erfahrungen lassen sich Empfehlungen hinsichtlich der Risikokommunikation für die Zielgruppe ableiten:
Eintauchen in andere Lebenswelten	<ul style="list-style-type: none">● Feste und Veranstaltungen von Personen mit Migrationshintergrund oder MigrantInnenvereinen (z. B. ein türkisches Frühlingsfest, Multikultifeste) können in Absprache mit den VeranstalterInnen und Veranstaltern einen Rahmen bieten, um das Thema Naturgefahren und Eigenvorsorge zu kommunizieren.● Vermittlungspersonen sind oftmals Türöffner im wahrsten Sinne des Wortes. Kann man diese von der Wichtigkeit des Themas überzeugen, erleichtert das den Zugang zur Zielgruppe. Jedoch muss darauf geachtet werden, dass diese Schlüsselpersonen in ihrer Vermittlungsrolle nicht überfordert werden.● Ergänzend wurden auch Personen nach Zufallsprinzip in den Ortsteilen angesprochen, die sich in Gefahrenzonen befinden.● Etliche GesprächspartnerInnen und Gesprächspartner konnten während der räumlichen Bestandsaufnahme der Gebäude in den Gefahrenzonen durch das Projektteam und Studierende der BOKU Wien für kurze Straßeninterviews gewonnen werden. Die AnrainerInnen und Anrainer wurden auf die Studierenden und Forschenden vor ihren Häusern aufmerksam, erkundigten sich interessiert über die durchgeführten Bestandsaufnahmen und konnten im Zuge dessen zur Teilnahme an der Befragung motiviert werden.
In die Gärten und auf die Häuser schauen	Aufbauend auf Erfahrungen mit diesen methodischen Zugängen lässt sich ableiten, dass man Personen mit Migrationshintergrund vor allem durch aufsuchende Arbeit im öffentlichen Raum und in SchwerpunktNachbarschaften (Gefahrenzonen und Siedlungsteilen mit hohem Anteil an Personen mit Migrationshintergrund) erreichen kann.



*Abbildung 4:
Befragungen beim
internationalen
Sprachcafé Paraplü
(© ILAP 2017)*

Generell hat sich jedoch gezeigt, dass nicht jeder Versuch der Kontaktaufnahme von Erfolg gekrönt ist. Es braucht Zeit, Engagement und mehrere Anläufe von unterschiedlichsten Seiten, um Zugang zu Personen mit Migrationshintergrund zu finden. Zudem sind die Kommunikationswege sehr stark von den örtlichen Gegebenheiten abhängig. Es gibt daher nicht einen Zugang, der generalisiert überall angewandt werden kann. Vielmehr müssen die lokalen Rahmenbedingungen (räumlich wie sozial) berücksichtigt und als Anknüpfungspunkte genutzt werden.

***Persönliche
Kontakte, Zeit
nehmen***

ENTWICKLUNG DER EMPFEHLUNGEN

Empfehlungen basieren auf Fallstudien

Die Empfehlungen basieren auf den Ergebnissen des Forschungsprojektes CCCapMig, das sich mit Naturgefahren und Personen mit Migrationshintergrund befasste. In zwei Fallstudienregionen, dem Triestingtal und Steyr-Kirchdorf, wurde mit Straßenbefragungen, Interviews und Fokusgruppen mit der Bevölkerung (mit und ohne Migrationshintergrund) sowie lokalen und regionalen Stakeholdern zum Thema geforscht.¹

Zusätzlich wurden Interviews mit Fachpersonen der Wildbach- und Lawinenverbauung, der Schutzwasserwirtschaft, aus Vereinen für Migrantinnen und Migranten, mit Regionsvertretungen (z. B. LEADER), Hilfsorganisationen, dem Zivilschutzverband, der Feuerwehr und im Baubereich tätigen Personen geführt.

Im Zentrum standen folgende Fragen:

- Wie sieht die Bebauung und Flächennutzung in den Fallstudiengemeinden aus? Welche Maßnahmen zur Eigenvorsorge sind sichtbar?
- Werden das (Rest-)Risiko und vergangene Hochwässer in öffentlich zugänglichem Informationsmaterial der Gemeinden vermittelt?
- Wie schätzen die Gemeinde sowie Fachleute das Risikobewusstsein der Bevölkerung und die Eigenvorsorge ein? Wie kann beides verbessert werden?
- Welches Wissen haben v. a. Personen mit Migrationshintergrund zu Klimawandel und Naturgefahren?
- Wie haben Personen mit Migrationshintergrund vergangene Hochwässer erlebt und welches Risikobewusstsein ist vorhanden? Woher beziehen sie Informationen und wie betreiben sie Eigenvorsorge?

Beispiele und Anregungen

Beispiele für Good Practices und Anknüpfungspunkte wurden durch eine Literaturrecherche und Hinweise aus den Interviews erstellt. Bei der Ausarbeitung der Empfehlungen wurde Feedback von Fachpersonen aus unterschiedlichen Fachrichtungen und Verwaltungsebenen, den Zielgruppen der Handlungsempfehlungen sowie von internationalen Expertinnen und Experten eingeholt.

Bessere Eigenvorsorge bei Zugezogenen notwendig

Bei der Erarbeitung der Handlungsempfehlungen hat sich gezeigt, dass Personen, die zugezogen sind, über wenige lokale Kontakte verfügen sowie die lokalen Verhältnisse und vergangene Hochwasserereignisse nicht kennen, ein besonders niedriges Risikobewusstsein haben. Auch bei der ortsansässigen Bevölkerung sind oft ein geringes Risikobewusstsein und zu wenig Initiative für Eigenvorsorge erkennbar. Die Handlungsempfehlungen sollen dazu beitragen, insbesondere Personen mit Migrationshintergrund und kürzlich zugezogene Personen, aber auch generell die Bevölkerung über Naturgefahren besser zu informieren und zur Eigenvorsorge zu motivieren.

¹ Im Rahmen des Projektes „CCCapMig – Climate change adaptation and protection from natural hazards: capacity building for people with migration background in Austria“ hatten auch Studierende der Lehrveranstaltung „Ordnungsplanerisches Projekt“ (Institut für Landschaftsplanung, Universität für Bodenkultur Wien) Gelegenheit, zum Thema zu arbeiten.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Die hier vorgestellten Empfehlungen richten sich an alle, die im Naturgefahrenmanagement und in der Integration gefordert sind:

- Gemeinden (Politik und Verwaltung),
- Einsatzorganisationen mit Fokus auf Freiwillige Feuerwehren,
- soziale Organisationen, die Personen mit Migrationshintergrund betreuen,
- Vereine von Personen mit Migrationshintergrund,
- für Bauen und Sanieren zuständige Akteurinnen und Akteure,
- die Bevölkerung (speziell zugezogene Personen mit und ohne Migrationshintergrund),
- Bundesländer und Bund (Politik und Verwaltung).

Die überwiegende Zahl der Handlungsempfehlungen richtet sich an die Gemeinden und die Feuerwehren, da diese als wichtigste Anlaufstellen für das Thema Hochwasser bei Personen mit Migrationshintergrund eruiert wurden.

Die Empfehlungen zielen darauf ab,

- das Thema Naturgefahren und Integration im breitesten Sinn zu verknüpfen,
- das Bewusstsein für Risiken durch Naturgefahren zu erhöhen,
- für das trotz technischer Schutzbauten verbleibende Restrisiko zu sensibilisieren,
- zur Eigenvorsorge zu motivieren,
- die Betroffenheit der Bevölkerung in Gemeinden generell zu reduzieren und den sozialen Zusammenhalt sowie die Integration zu stärken.

Gemeinde und Feuerwehr – die wichtigsten Anlaufstellen

Die hier vorgestellten Empfehlungen beginnen mit einem Überblick zum Handlungsbedarf, der jeder Empfehlung zugrunde liegt, und dem Ziel der Empfehlung. Dann werden konkrete Schritte zur Umsetzung von Maßnahmen angeführt. Am Ende der Empfehlungen stehen – falls vorhanden – Good-Practice-Beispiele oder zumindest Anknüpfungspunkte, die Anregungen aus ähnlichen Bereichen vorstellen.

Aufbau der Empfehlungen

Da der Ist-Zustand und die Herausforderungen in unterschiedlichen Gemeinden bzw. von Bundesland zu Bundesland variieren, sind Sie als Leserin bzw. Leser eingeladen, jene Empfehlungen oder Anregungen herauszufiltern, die für Sie von besonderer Bedeutung und anwendbar sind.

1 GEMEINDEN

Herausforderungen

Der hohe Flächenverbrauch in Österreich und die damit einhergehende Versiegelung erhöhen in Kombination mit dem voranschreitenden Klimawandel mit hoher Wahrscheinlichkeit das Risiko von Hochwasser. Gleichzeitig kommt es durch die Zunahme von Starkniederschlägen nicht nur entlang von Fließgewässern zu Überschwemmungen. Wenn es um Vorsorge und Katastrophenschutz sowie den sozialen Zusammenhalt auf lokaler Ebene geht, sind Gemeinden zentrale Akteurinnen.

Gemeinden sind sich ihrer Aufgaben im Einsatzfall bewusst, sie sehen sich jedoch oft nicht in gleichem Ausmaß als verantwortliche Stelle dafür, in der Bevölkerung präventiv Risikobewusstsein und Eigenvorsorge zu Naturgefahren zu fördern.

Speziell Personen mit Migrationshintergrund, die mit den lokalen Verhältnissen nicht ausreichend vertraut sind, kein Wissen zu vergangenen Hochwässern haben und für die mitunter zusätzlich Sprachbarrieren bestehen, zählen zu den besonders gefährdeten Personengruppen. Das Thema Schutz vor Naturgefahren und soziale Aspekte wie z. B. die Einbindung von zugezogenen Personen zu verknüpfen, kann sich positiv auf den sozialen Zusammenhalt sowie die Vermeidung und Bewältigung von Naturgefahren in Gemeinden auswirken.

Neben aktiver Kommunikation zu verbleibenden Risiken (Restrisiken) und Eigenvorsorge können die Gemeinden auch mit gutem Beispiel vorangehen. Sie können Vorbildwirkung z. B. durch Freihaltung von Versickerungsflächen, durch Reduzierung der Versiegelung bzw. durch Entsiegelung sowie durch regelmäßige Wildbachbegehungen und Gewässerpflege entfalten.

1.1 Weiterbildung auf Gemeindeebene forcieren

Hintergrund

Die Gemeindeverwaltung und insbesondere die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister sind für die Bevölkerung die erste Anlaufstelle bei vielen Fragen.

Damit Gemeinden vorausschauend agieren können, ist laufende Weiterbildung notwendig. Vor allem die bislang kaum praktizierte Verknüpfung von technischen Disziplinen, sozialen Belangen und kommunikativen Fähigkeiten ist zu stärken.

Im Naturgefahrenmanagement ist zwischen der Kommunikation im Krisenfall, die sehr hierarchisch abläuft, und der Kommunikation in der Zeit vor oder nach einer Naturkatastrophe zu unterscheiden. Im Falle eines Naturereignisses ist eine aktuelle und neutrale Kommunikation erforderlich.

In der ruhigen Zeit vor oder nach einem Hochwasserereignis sind kommunikative Fähigkeiten von Bedeutung, um das Restrisiko zu verdeutlichen und zur Eigenvorsorge zu motivieren. Hindernisse für eine offene und aktive Kommunikation des Restrisikos sind befürchtete politische oder wirtschaftliche Nachteile. Es braucht eine Balance zwischen der Verdeutlichung des Risikos und Verharmlozung. Gemeinden benötigen hier das Know-how sowohl für Krisenkommunikation als auch für Information in Zeiten vor und nach einem Ereignis.

Warum ist das notwendig?

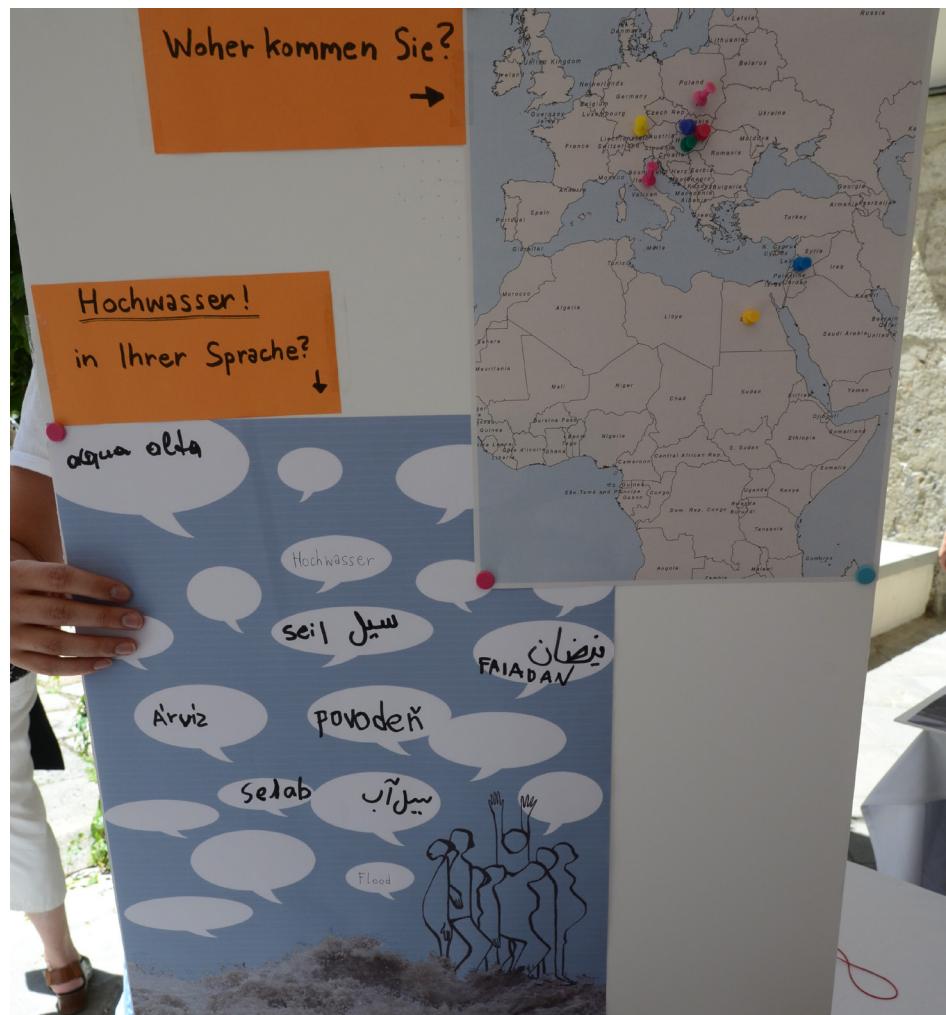


Abbildung 5:
Interaktives Spiel:
Hochwasser in Ihrer Sprache? (© ILAP 2017)

Nicht nur Naturgefahren, auch Integration kann ein sensibles und emotionales Thema darstellen. Um Konflikte zu vermeiden und eine sachliche Auseinandersetzung zu unterstützen, benötigen auf Gemeindeebene damit befasste Personen ein Wissen darüber, wie mit diesen mitunter schwierigen Themen umzugehen ist. Weiterbildung zu Naturgefahren und Personen mit Migrationshintergrund soll ebenfalls Thema des Informations- und Weiterbildungsangebotes für Gemeinden werden und Anknüpfungspunkte zu Integrationsaktivitäten gesucht werden. Um für den Umgang mit anderen Kulturen, Gebräuchen und Lebensstilen vorbereitet zu sein, braucht es auch eine entsprechende Unterstützung und Schulung der Akteurinnen und Akteure vor Ort.

Ziele

Was soll damit erreicht werden?

Ausbau des Fachwissens und Stärkung der kommunikativen Fähigkeiten von Akteurinnen und Akteuren auf Gemeindeebene zum Thema Naturgefahren. Zusätzlich soll das Know-how für den Umgang mit Migrantinnen und Migranten – vor allem zum Thema Naturgefahren – verbessert werden. Besonderes Augenmerk soll hier auch auf Frauen gelegt werden.

Welche konkreten Schritte können gesetzt werden?

Maßnahmen

Recherche von Aus- und Weiterbildungsangeboten zu Naturgefahren, Integration, Risikokommunikation, Kommunikation generell und der Anwendung von partizipativen Methoden zur Einbindung der Bevölkerung.

Identifikation von Personen in der Gemeinde für die Aus- und Weiterbildung: Dies können Gemeindebedienstete, Personen aus der Gemeindepolitik, von Hilfsorganisationen, der Feuerwehr etc. sein.

Ist es nicht möglich oder gewünscht, auf Gemeindeebene Personen für eine Fortbildung zu finden, kann dies auf (klein-)regionaler Ebene versucht werden. Über Gemeindekooperationen können Gemeinden mit wenig Personal oder mit dem Wunsch, die Beratung auszulagern, unterstützt werden.

Schaffung von Anreizen für Gemeindebedienstete, Mitarbeitende von sozialen Einrichtungen, Mitglieder von Vereinen, Hilfsorganisationen etc., um diese gezielt zur Weiterbildung zu motivieren (Gutscheine, Auszeichnungen etc.).

Derzeit gibt es noch keine Weiterbildungsangebote, die Naturgefahren und Integration verknüpfen. Um trotzdem Anregungen zu erhalten, können Leitfäden und Handbücher recherchiert oder Fachleute aus der Verwaltung, von Bildungseinrichtungen oder der Forschung zu unterschiedlichen Themen (Naturgefahren, Klimawandel, Kommunikation und Integration) eingeladen werden.

Wer ist zuständig?

Impulsgebende

In einem ersten Schritt soll die Gemeinde eine Person auswählen, die sich einen Überblick zu den vorhandenen Angeboten macht und als Ansprechperson fungiert. Diese Person kann in weiterer Folge beispielsweise auch Veranstaltungen im Ort organisieren oder Sprechstunden für Bürgerinnen und Bürger abhalten.

Beteiligte

Gemeinderat, Gemeindeverwaltung, Feuerwehr, Hilfsorganisationen (Caritas, Rotes Kreuz etc.), Vereine für Personen mit Migrationshintergrund, soziale Einrichtungen (auch auf Landes- und Bezirksebene), die sich mit Integration befassen, Gebietsbauleitungen der Wildbach- und Lawinenverbauung und des Schutzwasserbaus.

Woran anknüpfen?

Im Bereich der Integration:

Die **Integrationsstelle in Oberösterreich** hat einen Expertinnen- und Expertenpool zu verschiedenen Themenbereichen erstellt. Die Expertinnen und Experten geben ihr Wissen in Form von Workshops oder Vorträgen auf Bezirksebene oder in interessierten Gemeinden an die Teilnehmenden weiter. Angebote gibt es z. B. zu den Themen interkulturelle Kompetenz oder Wohnen. Das Thema Naturgefahren und Hochwasser wird nicht behandelt.

Link: https://www.integrationsstelle-ooe.at/6090_DEU_HTML.htm

Der Verein **okay. zusammen leben** in Vorarlberg bietet für in der Integration tätige Personen und interessierte Institutionen eine Fachberatung in Integrationsfragen und Vorträge an. Beratung erfolgt z. B. zu interkulturellen Fragen sowie der sozialen Dynamik von Integrationsprozessen. Vortragsangebote gibt es u. a. für die Geschlechterrollenfrage im Integrationsprozess und zum Fortschritt in der strukturellen Integration in Vorarlberg. Dabei wird auch das Thema der zweiten Generation behandelt.

Link: <https://www.okay-line.at/okay-programme/integrationsfachberatung-und-vortraege/>

Für den Umgang mit anderen Kulturen bietet der **Österreichische Integrationsfonds** den **Lehrgang transkulturelles Management** an. Die in acht Modulen aufgebaute Ausbildung richtet sich an Personen aus der Verwaltung, aus den Bereichen Soziales/Gesundheit, Schule/Bildung, Wirtschaft etc.

Link: <https://www.integrationsfonds.at/weiterbildung/lehrgang-transkulturelles-managment-tkm/?L=0>

Wer soll mitarbeiten?

Anregungen aus der Praxis

Die **Integrationsstelle Oberösterreich** bietet den **Lehrgang ikomp vorort** (regionale und kommunale Integrationsarbeit) an. In sieben Modulen steht die prozesshafte, strukturelle und potenzialorientierte Auseinandersetzung mit den Herausforderungen und Chancen gesellschaftlicher Vielfalt am Programm. Ziel ist es, die Teilnehmenden zur Begleitung von regionalen und kommunalen Integrationsprozessen zu befähigen. Zielgruppe für die Ausbildung sind Vereine, NGOs, Politik und Verwaltung sowie die regionalen Kompetenzzentren für Integration und Diversität (kurz ReKIs, diese unterstützen Gemeinden und Institutionen in Oberösterreich bei allen Vorhaben der Integration und bieten strategische Prozessbegleitung für Gemeinden an).

Link: https://www.integrationsstelle-ooe.at/3590_DEU_HTML.htm

Die **Verwaltungsakademie Vorarlberg** bietet regelmäßig Trainings zu interkultureller Kompetenz für Gemeinde- und Landesbedienstete an.

Link: <https://www.okay-line.at/Informationen/weiterbildung-diversitaet-und-integration/>

FEMAIL, das **Fraueninformationszentrum der Vorarlberger Landesregierung** bietet einen **Lehrgang Gender & Diversity – Kenntnisse für die Praxis** an. Der Lehrgang regt die Reflexion der eigenen Wertehaltung an, um einen gesellschaftspolitischen Diskurs zu unterstützen und dadurch sich ergebende Argumentationen zu nutzen. Es werden Fähigkeiten in der transkulturellen Kommunikation und Konfliktlösung erworben.

Link: <https://www.okay-line.at/Informationen/weiterbildung-diversitaet-und-integration/Vorarlberg.html?q=gender>

Die Projektstelle für Zuwanderung und Integration **okay.zusammen leben** hat mit der **docken werkstatt** eine Lern- und Entwicklungsplattform in sieben Modulen entwickelt. Das Programm **docken** soll dazu beitragen, den Kontakt und die Begegnung über Gruppengrenzen hinweg als Potenzial für den Abbau von Vorurteilen zu verstehen.

Link: <https://www.okay-line.at/okay-programme/docken-begegnung-elixier-fuer-eine-vielfaetige-gesellschaft/docken-werkstatt.html>

Trainingsmanual Interkulturelle Kompetenz: Das Betreuungsmodul wurde für den Umgang mit und die Integration von ausländischen Studierenden entwickelt. Es bietet jedoch für alle, die sich mit interkulturellen Fragestellungen auseinandersetzen, interessante Perspektiven für den Alltag. Das Training besteht aus acht Einheiten von jeweils 90 Minuten. Das Manual enthält sämtliche Materialien wie Folien, Übungen und Arbeitsblätter.

Link: <https://d-nb.info/976539179/34>

Im Bereich Katastrophenmanagement:

Der **Niederösterreichische Zivilschutzverband** führt seit 2010 die Ausbildung der Gemeinden im Krisen- und Katastrophenschutzmanagement durch. Zusätzlich bietet er diverse **Fachkurse im Bereich Katastrophenschutz** an, die sich an Gemeindebedienstete richten. Dazu zählt z. B. das Planspiel örtliche Einsatzleitung Hochwasser. Eine weitere, aus zwei Modulen bestehende Schulung (Krisen- und Katastrophenmanagement in NÖ) richtet sich an Verantwortliche auf Gemeindeebene und vermittelt Grundlagen des Risikomanagements und der Katastrophenschutzplanung sowie zur Verwaltungssoftware für Katastrophenschutzpläne und Sonderalarmpläne.

Angeboten werden auch Selbstschutzkurse, die sich generell an Interessierte, Zivilschutzmitarbeiterinnen und -mitarbeiter und an Zivilschutzbeauftragte von Gemeinden richten. In den Selbstschutzlehrgängen 1, 2 und 3 werden fachliche Grundkenntnisse vermittelt und Zusammenhänge zwischen den einzelnen Bereichen des Zivilschutzes aufgezeigt. Die Beweisführung über die Sinnhaftigkeit von Vorsorge- und Schutzmaßnahmen soll der Motivation dienen, Selbstschutz in die Praxis umzusetzen. Der Selbstschutzlehrgang 2 befasst sich mit Hochwasser, alpinen Naturgefahren sowie Schneechaos und Lawinen. Da der Themenbereich „Zivilschutz-Selbstschutz“ sehr umfangreich ist, bietet der NÖ Zivilschutzverband zusätzlich Fachkurse an. Zur Vertiefung des Zivilschutz-Wissens wäre auch der Besuch dieser Fachkurse sehr zweckmäßig.

Link: <http://www.noezsv.at/noe/pages/startseite/kurse-vortraege.php>

In **Vorarlberg** bietet die **Landeswarnzentrale** Kurse im Katastrophenmanagement für Gemeinden an.

Link:

https://www.vorarlberg.at/vorarlberg/sicherheit_inneres/sicherheit/landeswarnzentrale/weitereinformationen/lwz_landeswarnzentrale/_katastrophenschutz/schulungs-undkursaktivita.htm

Bei Gefahren und Katastrophen braucht es ein professionelles Krisenmanagement auf Seiten der Behörden und Einsatzorganisationen. Der **Oberösterreichische Zivilschutzverband** bietet daher eine **Basisausbildung Katastrophenschutz für Gemeinden** an. Die Gemeinden, die Kurse absolvieren, erhalten einen praktischen Alukoffer für die Katastrophenschutz-Stabsarbeit.

Link: <https://www.zivilschutz-ooe.at/ausbildungen/katastrophenschutz/>

Buch „Umgang mit Naturkatastrophen – Ratgeber für Bürgermeister und Helfer“.

Die Katastrophenvorsorge und -bewältigung sowie die Information der Öffentlichkeit über drohende Gefahren und Risiken zählen zu den wichtigsten kommunalen Sicherheitsaufgaben. Der Ratgeber vermittelt fundiertes Wissen über die rechtlichen, organisatorischen und

gesellschaftspolitischen Grundlagen des Umgangs mit Naturgefahren. Er behält dabei stets die Perspektive der österreichischen Gemeinden im Fokus und geht auf Möglichkeiten und Grenzen des kommunalen Risiko- und Katastrophenmanagements ein. Komplexe Modelle und Zusammenhänge machen das Wissen durch anschauliche und anwendbare Beispiele für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister greifbar.

Link: https://www.lindeverlag.at/buch/umgang-mit-naturkatastrophen-17945?utm_source=newsletter

1.2 Zugezogene Personen mit und ohne Migrationshintergrund für Naturgefahren sensibilisieren

Hintergrund

Personen, die zugewandert sind, egal ob aus anderen Teilen Österreichs oder anderen Ländern, sind mit der spezifischen örtlichen Gefahrensituation nicht vertraut und sind auch in Freiwilligenorganisationen – in denen Naturgefahren ein Thema sein können – unterrepräsentiert. In den Pilotstudien zeichnete sich ab, dass Menschen mit Migrationshintergrund Österreich auch hinsichtlich Naturgefahren als sehr sicheres Land wahrnehmen und oft überrascht waren, dass z. B. Hochwasser auch in flacheren Regionen stattfinden kann. Zusätzlich nehmen Naturgefahren in der bisherigen Integrationsarbeit keinen fixen Platz ein. Generell sind viele Gefahren und mögliche Schäden den Besitzerinnen bzw. Besitzern einer Liegenschaft oder den Mieterinnen bzw. Mietern kaum oder überhaupt nicht bekannt.

Warum ist das notwendig?

Ziele

Durch die Aufnahme des Themas Naturgefahren und Katastrophenschutz in die Integrationsarbeit vor Ort soll das Risikobewusstsein bei zugewanderten Personen gestärkt und Schäden bei Ereignissen möglichst minimiert werden. Migrantinnen und Migranten können als gut ausgebildete und integrierte Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für ihre Familien und Communitys dienen, um deren Risikobewusstsein zu stärken.

Was soll damit erreicht werden?

Maßnahmen

Einrichtung eines **Referats auf Gemeindeebene** (z. B. ähnlich dem Referat für kommunales Zusammenleben in Ansfelden).

Welche konkreten Schritte können gesetzt werden?

Ausarbeitung von **Leitlinien zur Integration** von zugezogenen Personen in Kooperation mit Vereinen und sozialen Einrichtungen bzw. vorhandenen Integrationszentren: Die Vereine selbst können in Österreich über das Vereinsregister oder Gemeinde-Websites herausgefunden werden. Die Leitlinien sollen Ziele und Schritte für eine langfristige Integration sowie das Thema Naturgefahren beinhalten. Darin soll auch dargestellt werden, wie Personen mit und ohne Migrationshintergrund unterstützt werden können und welche Erwartungen es an das Zusammenleben gibt.

Pflege und Aufbau einer **Willkommenskultur** für zugezogene Personen: Personen mit und ohne Migrationshintergrund, die neu in eine Gemeinde kommen, sollen auf die Geflogenheiten in einer Gemeinde sowie Naturgefahren hingewiesen werden. Diese Willkommenskultur kann etwa aus der Ausgabe einer Willkommensmappe bestehen, die wichtige Information zur Gemeinde enthält, darunter auch:

- Informationen zu Naturgefahren und Zivilschutz (z. B. Sirenensignale),
- Informationen zu Vereinen,
- Informationen zur Feuerwehr / Einladung, sich die Feuerwehr persönlich anzusehen oder mitzumachen,
- Informationen zu Bauen & Wohnen,

- Informationen zu Mülltrennung,
- weitere Informationen.

Die Gestaltung und Inhalte dieser Willkommensmappe für Personen mit und ohne Migrationshintergrund sollen in Kooperation zwischen Gemeinde, Vereinen und sozialen Einrichtungen erarbeitet werden.

Unterstützung von Hilfs- und Freiwilligenorganisationen bei der Rekrutierung von Mitgliedern: Personen mit Migrationshintergrund sind dort oft unterrepräsentiert. Damit die Einbindung gelingen kann, braucht es gute Vorbereitung und eine enge Kooperation von Gemeinde und Hilfs- und Freiwilligenorganisationen. Menschen, die nicht perfekt Deutsch sprechen, sind mitunter unsicher, ob die Sprachkenntnisse reichen, um aktiv in österreichischen Vereinen tätig sein zu können. Andererseits können auch auf Seiten der bestehenden Freiwilligenorganisationen Vorbehalte bestehen, die nur durch schrittweises Kennenlernen abgebaut werden können. Einladungen für Zugezogene und Personen mit Migrationshintergrund können der Gemeindezeitung beigelegt oder über Postwürfe verbreitet werden.

Gemeindeveranstaltungen, Tage der offenen Tür oder Mitmach-Tage sind ebenfalls gute Gelegenheiten, möglichst niedrigschwellige Zugänge zu schaffen. Auch über die Websites der Gemeinde und von Freiwilligenorganisationen oder größeren Betrieben kann aktiv zur Mitwirkung eingeladen werden.

Persönliche Hinweise: Bei Neuanmeldung in der Gemeinde muss eine neu zugezogene (oder auch umgezogene) Person ihre neuen Adressdaten bekanntgeben. Hier wäre es möglich, dass diese schon bei der Anmeldung auf der Gemeinde informell darauf geprüft werden, ob die Adresse in einer Gefahrenzone liegt. Ist dies der Fall, kann die neu zugezogene Person direkt und persönlich auf das bestehende Naturgefahrenrisiko ihres neuen Wohnortes hingewiesen und mit Informationsmaterial ausgestattet werden.

In **Zusammenarbeit mit Kindergärten und Schulen** können gemeinsame Projekte entwickelt werden, die Naturgefahren und soziale Aspekte spielerisch zusammenführen.

Ausbau der **Zusammenarbeit mit sozialen Einrichtungen, Hilfsorganisationen und Vereinen für Personen mit Migrationshintergrund** und Verknüpfung mit dem Thema Naturgefahren: Durch eine verstärkte Vernetzung der Vereinsarbeit können Aktivitäten in der Integration mit Informationen über Naturgefahren verknüpft werden. Dabei muss berücksichtigt werden, dass es verschiedene Ansprechpersonen für unterschiedliche Gruppen geben kann, obwohl diese aus dem gleichen Herkunftsland kommen. Vereinsübergreifende Aktivitäten und gegenseitiges Kennenlernen der Vereine (v. a. der Freiwilligenorganisationen wie der Freiwilligen Feuerwehr) sind wichtig. Mit der Einbindung von Einrichtungen zur Integration kann über vertraute Ansprechpersonen eingeladen werden.

Organisation von aktivierenden und niedrigschweligen Zugängen wie z. B. „**Gemeindespaziergänge**“ in der Nähe von Gewässern oder starkregengefährdeten Gebieten in enger Zusammenarbeit mit Integrationseinrichtungen, der Freiwilligen Feuerwehr und Vereinen für Personen mit Migrationshintergrund.

Impulsgebende

Gemeinderat und Gemeindeverwaltung.

Beteiligte

Gemeinderat, Gemeindeverwaltung, Feuerwehr und weitere Freiwilligenorganisationen (Rotes Kreuz etc.), Vereine allgemein, Vereine von und für Personen mit Migrationshintergrund, soziale Einrichtungen auf Bezirksebene, die sich mit Integration befassen, Jugendorganisationen und Schulen, Gebietsbauleitungen der Wildbach- und Lawinenverbauung und des Schutzwasserbaus.

Good Practice

Der englischsprachige Leitfaden „**Guidelines for Emergency Management in CALD Communities**“ aus Australien: Australien ist ein kulturell und sprachlich vielfältiges Land. Als CALD-Communities werden kulturell und sprachlich unterschiedliche Gemeinschaften bezeichnet. CALD-Communities werden im Falle von Katastrophen als besonders verletzlich eingestuft, sei es durch mangelnde Sprachkenntnisse, fehlendes Wissen um lokale Risiken und Gefahren, aber auch durch kulturelle und sprachliche Unterschiede und damit einhergehende Fehlinterpretationen von Informationen. Aus diesem Grund wurde der Leitfaden für Akteurinnen und Akteure im Katastrophenmanagement und Gemeinden entwickelt. Er zielt darauf ab, CALD-Communities für die Aufgaben und Leistungen des Katastrophenmanagements zu sensibilisieren und zur aktiven Mitarbeit zu bewegen.

Link: <https://knowledge.aidr.org.au/resources/manual-series/>

Die **Interessengemeinschaft Hochwasserschutz (IG-HWS)** in Melk ist ein Zusammenschluss von Freiwilligen, die im Ernstfall Einsatzkräfte und Personen in den Gefahrenzonen unterstützen. Auch neu zugewogenen Personen wollen die Mitglieder der IG Hochwasserschutz die Besonderheiten und Gefahren ihrer neuen Heimat näherbringen.

Link: https://www.stadt-melk.at/de/LEBEN_in_MELK/Hochwasserschutz/IG_-_HWS

Woran anknüpfen?

Gründung einer **Beratungsstelle für Naturgefahrenprävention** des Landesfeuerwehrverbands Vorarlberg 2014: Die Beratung richtet sich an Personen mit Privatbesitz, Unternehmen und Gemeinden durch Schulungen, Öffentlichkeitsarbeit und zielgruppenorientierte Informationsbereitstellung (Internet, soziale Medien, Broschüren). Eine weitere Kernaufgabe ist die Sensibilisierung und Schulung von Einsatzkräften zu den Themen Naturgefahren und Klimawandel. Darüber hinaus sollen Entwicklungs- und Forschungsaktivitäten in

Wer ist zuständig?**Wer soll mitarbeiten?****Anregungen aus der Praxis**

diesem thematischen Umfeld im Bundesland Vorarlberg koordiniert werden, um Doppelgleisigkeiten zu vermeiden und Impulse für die regionale Entwicklung in Richtung Resilienz zu setzen.

Bei den folgenden Leitfäden stehen die Erhöhung des Risikobewusstseins und die Einbindung der Öffentlichkeit im Vordergrund.

Die Broschüre „**Risikokommunikation im Hochwasserschutz. Anleitung und Empfehlungen für die Praxis**“ gibt Interessierten einen ersten Einstieg in das Thema Risikokommunikation.

Link: <http://www.revital-ib.at/de/11-projekte/226-leitfaden-imra-risikokommunikation-im-hochwasserschutz>

Das **Handbuch „Planung und Umsetzung einer Kommunikations- und Beteiligungsstrategie im Hochwasserrisikomanagement“** selbst besteht aus einem Leitfaden und einem Methodenbaukasten. Es ist in zwölf Schritte, beginnend bei der Planung des Prozesses bis hin zur Evaluation, gegliedert. Damit sollen Lesende in die Lage versetzt werden, eine auf ihre spezifischen Anforderungen abgestimmte Kommunikations- und Partizipationsstrategie entwerfen und umzusetzen zu können.

Link:

http://www.partizipation.at/fileadmin/media_data/Downloads/Praxiswissen/IMRA_Handbook_2012_GER_web.pdf

Der **Leitfaden „Öffentlichkeitsbeteiligung im Hochwasserschutz“** beinhaltet praktische Handlungsanleitungen für eine erfolgreiche Einbindung der Öffentlichkeit bei der Planung und Umsetzung von Hochwasserschutzvorhaben und stellt eine Reihe gelungener Vorgebeispiele vor.

Link: <https://www.partizipation.at/handbuch-hochwasser.html>

Der **Leitfaden für Gemeinden** des Landes Oberösterreich zielt darauf ab, Verantwortlichen eine Hilfestellung im Umgang mit Integrationsfragen zu bieten. Er beinhaltet Informationen zu Themen wie Kindergarten, Schule, Wohnen und Nachbarschaft sowie konkrete Handlungsmöglichkeiten.

Link: https://www.integrationsstelle-ooe.at/24_DEU_HTML.htm

Der **Ideengeber „Wie ein Willkommen gelingen kann“ – Beispiele aus der Region Linz-Land**“ der Regionalmanagement OÖ GmbH hat zum Ziel, die Willkommenskultur in Oberösterreich für zu- und rückgewanderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verbessern. Damit Zuwanderung und Integration gut gelingen können, wird von Gemeinden, Vereinen und anderen diversen Organisationen eine Vielzahl von Maßnahmen und Aktionen gesetzt. Es finden sich Tipps für die Gestaltung der Willkommensmappe, für unterschiedlichste Veranstaltungen, Feste, den Start von Prozessen und Projekten.

Link: <https://www.rmoee.at/publikationen/ideengeber-wie-ein-willkommen-gelingen-kann>

Zum Thema, wie Migrantinnen und Migranten erreicht werden können, gibt es überwiegend sektor- oder zielgruppenspezifische Leitfäden.

Der „**Leitfaden für Verantwortliche im Alters- und Migrationsbereich**“

gibt umfassende Tipps, wie ältere Migrantinnen und Migranten am besten zu erreichen sind, welche Methoden sich für eine partizipative Einbindung eignen und wie Netzwerke und Angebote dauerhaft gesichert werden können.

Link: http://alter-migration.ch/fileadmin/templates/pdf/2015_AEltere_Migranten_am_Wohnort_erreichen_Leitfaden.pdf

Der **Leitfaden „Menschen mit Migrationshintergrund besser erreichen“** befasst sich mit Gesundheit. Zahlreiche aufgegriffene Themen zum soziokulturellen Hintergrund der Zielgruppe, zu Kommunikation, Vernetzung und kulturellen Aspekten können auch Anregung für die Verknüpfung des Themas Naturgefahren und Personen mit Migrationshintergrund liefern.

Link:

https://wien.arbeiterkammer.at/service/studien/Arbeitsmarkt/Menschen_mit_Migrationshintergrund_besser_erreichen.pdf

Der **Hochwasserbeirat Steyr** zielt auf eine bessere Vernetzung der Gemeindevertretung mit der Bevölkerung ab. Themen sind unter anderem Schutzprojekte, aber auch Eigenvorsorge.

Link: www.steyr.at

Erfolgreiche Beispiele für vielfältige Integrationsaktivitäten gibt es in vielen Gemeinden Österreichs.

Ansfelden in Oberösterreich hat 2011 den Prozess „**Zusammenleben in Ansfelden**“ gestartet. Er soll von einzelnen Maßnahmen hin zu einem koordinierten, in die Strukturen der Stadtgemeinde eingebundenen und zielgeleiteten Gesamtpaket gehen. Grundlage ist das Grundsatzpapier „Zusammenleben in Ansfelden – wertschätzend, zukunftsorientiert, transparent, vorausschauend“. 15 Angebote unterstützen gutes Zusammenleben in der Stadt. Ein Angebot sind die Brücken~bauer~innen, die sowohl zugezogenen als auch schon länger hier lebenden Menschen helfen, sich stärker an einem gelingen den Zusammenleben zu beteiligen.

Links: <http://zusammenleben.ansfelden.at/> und <http://www.ansfelden.at/leben/zusammenleben-in-ansfelden/>

Der **Verein Grenzenlos in St. Andrä-Wördern** verbindet seit 2004 Menschen unterschiedlicher Herkunft bei kulturellen, sozialen und sportlichen Aktivitäten. Begonnen hat es mit gemeinsamem Kochen, Essen und Trinken. Die Idee wurde von weiteren Gemeinden aufgegriffen und übernommen. Heute bietet der Verein zahlreiche Aktivitäten an und veröffentlicht auch Bücher und Kalender.

Link: <http://www.grenzenloskochen.at/>

1.3 Naturgefahrensicheres Bauen und Sanieren in der Gemeinde forcieren

Hintergrund

Warum ist das notwendig?

Den absoluten Schutz vor Naturgefahren kann es in einer Gemeinde trotz technischer Schutzbauten nicht geben. Die meisten Schutzbauwerke sind auf ein Ereignis, das statistisch in 100 Jahren einmal auftritt, ausgelegt – ein gewisses Restrisiko bleibt immer. Die Förderung der Eigenvorsorge durch naturgefahrensicheres Bauen und Sanieren von privaten Liegenschaften stellt deshalb einen wichtigen Beitrag zu Erhöhung der Sicherheit von einzelnen Liegenschaften zusätzlich zu den öffentlichen Schutzwasserbauten dar. Bis dato wird Eigenvorsorge jedoch eher punktuell und nicht systematisch betrieben (ROHLAND et al. 2016). Die Tatsache, dass man grundsätzlich für den Schutz des Eigentums selbst verantwortlich ist, wird so in der Bevölkerung oft nicht wahrgenommen.

Abbildung 6:
Angepasstes Bauen
(© ILAP 2017)



Die Gemeinden haben als Baubehörde rechtliche Vorgaben zu erfüllen, die in Auflagen für Bauwerbende innerhalb von Gefahrenzonen münden. Damit werden aber nur Personen erreicht, die gerade bauen oder eine umfangreiche Sanierung planen.

Die Gemeinden sehen es nicht immer als ihre primäre Aufgabe an, auch über die rechtlich vorgeschriebenen Tätigkeiten als Baubehörde hinaus Eigenvorsorge zu forcieren. Dafür gibt es unterschiedliche Gründe: Kapazitäts- und Res-

sourcenmangel (Ausbildung, Personal); mangelndes Bewusstsein, dafür zuständig zu sein; fehlendes Wissen von Informationsmaterialien zur Eigenvorsorge oder Befürchtungen, durch das aktive Thematisieren von verbleibenden Naturgefahrenrisiken politische Nachteile zu erfahren.

Ausnahmen sind einige wiederholt von Hochwasser betroffene Gemeinden (z. B. Steyr), die sich bemühen, zusätzliche Ratschläge zum verbesserten Eigenschutz von Gebäuden zu geben.

Menschen mit Migrationshintergrund beziehen oft Häuser und Wohnungen in der Gefahrenzone, da diese meist billiger sind und Neuankömmlinge oft nicht wissen, dass es Gefahrenzonen gibt. Das betrifft nicht nur hochwassergefährdete Gebiete, sondern auch Flächen, die von Hangbewegungen betroffen sind. Gerade Migrantinnen und Migranten, die vor allem in Eigenregie ihre Häuser errichten oder sanieren, sind jedoch oft nicht über Möglichkeiten zum Schutz vor Naturgefahren, die über das gesetzlich vorgeschriebene Minimum hinausgehen, informiert.

Ziele

Gemeinde und Feuerwehr werden auch von Personen mit Migrationshintergrund als wichtigste Ansprechpartner für Naturgefahren gesehen. Eine verstärkte Beratung zu Eigenvorsorge in der Bevölkerung durch bauliche Maßnahmen kann helfen, die Schäden von Naturereignissen geringer zu halten.

Was soll damit erreicht werden?

Maßnahmen

Für **zusätzliche und ergänzende Informationen** zu den von Rechts wegen vorgeschriebenen Auflagen sollen entsprechende Informationspakete sowohl ausgedruckt als auch elektronisch vorbereitet werden.

Welche konkreten Schritte können gesetzt werden?

Weitergabe von Informationsbroschüren durch die Gemeinde an Bauwerbende: Es kann z. B. im Baubescheid auf Infobroschüren zum Schutz vor Naturgefahren hingewiesen werden. Relevante Informationen und Broschüren sollen auch im Vorfeld z. B. Baugenossenschaften und Personen, die sich für ein Grundstück interessieren, ausgehändigt oder auch bei bewilligungsfreien Bauvorhaben (nur Meldepflicht) beigelegt werden.

Schulung von Gemeindemitarbeiterinnen und -mitarbeitern: Um eine fundierte Beratung hinsichtlich Risiko und Eigenvorsorge leisten zu können, braucht es eine dementsprechende Ausbildung.

Persönliche Beratung der Bewohnerinnen und Bewohner durch das Gemeindepersonal, um die Gefahrenzonen und das Restrisiko zu erklären (ev. auch in Kooperation mit der lokalen Feuerwehr oder dem Zivilschutz): Dabei sollen die verschiedenen Möglichkeiten für Eigenmaßnahmen erklärt werden. Auf möglicherweise auftretende Sprachschwierigkeiten kann im persönlichen Gespräch eher eingegangen werden bzw. kann bei Bedarf Unterstützung durch Integrationseinrichtungen angefordert werden. So werden auch Personen erreicht, die zu schriftlichen Informationen oder gar Kartenlesen wenig Zugang haben.

Aufsuchende Beratung: Ist einer Gemeinde bekannt, dass es besonders gefährdete Häuser gibt, in denen zugezogene Personen mit oder ohne Migrationshintergrund wohnen, ist die persönliche Kontaktierung und Beratung

am zielführendsten. Da diese Form der Information sehr aufwendig ist, ist sie vor allem für besonders gefährdete Gebäude zu empfehlen.

Auch für Personen, die in **Miete** wohnen, soll es Informationen darüber geben, welche Maßnahmen zur Eigenvorsorge durchführbar sind. Dies ist gerade für Personen mit Migrationshintergrund wichtig, die häufig in Mietverhältnissen wohnen. Hierzu sollte zu Eigentümerinnen bzw. Eigentümern, Bauträgerinnen bzw. Bauträgern und Verwalterinnen bzw. Verwaltern von Wohnhäusern bzw. Wohnhausanlagen in gefährdeten Lagen Kontakt aufgenommen werden.

Nutzung von Homepage und Gemeindezeitung für regelmäßige Infos: Hierzu braucht es einen guten Plan, mit welchen Mitteln und Inhalten Risikokommunikation über einen längeren Zeitraum betrieben werden kann. Gemeinden müssen die Balance halten zwischen Aufrechterhaltung des Risikobewusstseins und Vermeidung von Verunsicherung und Ängsten.

Vorstellung von naturgefahrensicherem Bauen: Gute und kostengünstige Lösungen für Eigenvorsorgemaßnahmen sollen verstärkt vor den Vorhang geholt werden. Dies kann durch Artikel in den Gemeindemedien, Preisaußschreiben, Förderungen oder Anerkennungspreise geschehen.

Eingehen auf Veränderungen: Wichtig ist zu erklären, dass sich Veränderungen im Umfeld (z. B. die Errichtung von Zäunen, Mauern, Schüttungen, Einfriedungen, die Lagerung von Gegenständen, aber auch Bodenerosion) auf das Restrisiko auswirken können. Dies wird zukünftig an Bedeutung gewinnen, da mit mehr Oberflächenabfluss durch Starkregenereignisse zu rechnen ist. Das Thema ist also für die gesamte Bevölkerung von Wichtigkeit.

Recherchieren von Fördermöglichkeiten für private Eigenvorsorge durch Bund und Länder und Veröffentlichung z. B. auf der Gemeindehomepage.

Vorbildwirkung: Gebäude im Gemeindeeigentum sollen – falls sie historisch in einer Gefahrenzone liegen und durch zusätzliche Maßnahmen der Schutz verbessert wurde – als Vorbilder genutzt werden. Kontraproduktiv auch auf symbolischer Ebene ist die Errichtung neuer Gebäude in Gemeindebesitz in Gefahrenzonen.

Exkursionen oder Ausflüge zu gelungenen Beispielen, wie Eigenvorsorge bei Gebäuden umgesetzt werden kann, können für interessierte Personen aus der Gemeindeverwaltung, aus Vereinen und Freiwilligenorganisationen, für Personen aus dem Baugewerbe sowie für Privatpersonen organisiert werden.

Vermittlung von Beratung: Wenn eine Gemeinde nicht selbst eine zusätzliche Bauberatung zur Eigenvorsorge leisten kann, soll sie Bauwerbende oder interessierte Personen an unterstützende Stellen weitervermitteln (z. B. zum Elementarschaden Präventionszentrum).

Zusammenarbeit mit Baumärkten und Herstellerinnen bzw. Herstellern von mobilen Hochwasserschutzelementen: Viele Menschen versuchen, beim Hausbau oder Renovieren so viel wie möglich selbst zu machen, um Geld zu sparen. Der Baumarkt ist somit auch eine wichtige Informationsquelle. Nach einem Ereignis gibt es in Baumärkten Rabatte und Informationsmaterialien. Sie können angefragt werden, ob sie einerseits für Preisaußschreiben Gewinne zur Verfügung stellen, andererseits auch eigene Beratungsecken oder Beratungstage organisieren. Dies kann auch in Kooperation mit Zivilschutzeinrichtungen, Vereinen und der Gemeinde stattfinden.

Impulsgebende

In einem ersten Schritt soll die Gemeindeverwaltung bzw. der Gemeinderat eine Person auswählen, die ein Kommunikationskonzept entwirft: Was soll erreicht werden? Wer soll erreicht werden (Zielgruppe)? Welche Schritte braucht es? Wer kann wie eingebunden werden?

Wer ist zuständig?**Beteiligte**

Gemeinderat, Gemeindeverwaltung, Feuerwehr, Gebietsbauleitungen der Wildbach- und Lawinenverbauung, Schutzwasserbau (Wasserwirtschaftliche Abteilung des Landes), Zivilschutzeinrichtungen, Baumärkte, Bauunternehmen, Baumeisterinnen bzw. Baumeister, Architekturbüros, ZivilingenieurInnenbüros, Medien, Vereine und Organisationen (z. B. MieterInnenberatung).

Wer soll mitarbeiten?**Good Practice**

Von der Stadt Steyr werden Hochwasserschutzmaßnahmen – Maßnahmen, die geeignet sind, im Hochwasserfallen den Eintritt von Wasser in Gebäude zu verhindern (wie z. B. das Anbringen von Abdichtungsplatten an Türen und Fenstern und sonstigen Maueröffnungen) – **gefördert**. Antragsberechtigt sind Eigentümerinnen und Eigentümer, Mieterinnen und Mieter sowie die Untermieterinnen und Untermieter eines Gebäudes, einer Wohnung oder einer Betriebsräumlichkeit. Voraussetzung für die Antragsberechtigung bei Mietverhältnissen ist die Zustimmung der Eigentümerin / des Eigentümers zur beabsichtigten Hochwasserschutzmaßnahme.

Zusätzlich hat die Stadt Steyr eine Liste mit Firmen veröffentlicht, die mobile und permanente Hochwasser-Schutzsysteme anbieten.

Links:

<https://www.steyr.gv.at/BUeRGERSERVICE/AKTUELLES/Foerderungen>
http://ftp.steyr.at/magsteyr/folder/schutzsysteme_firmenaufstellung.pdf

Anregungen aus der Praxis

Das **Land Niederösterreich fördert präventive Hochwasserschutzmaßnahmen sowie Sanierungs- und Instandsetzungsarbeiten nach Hochwässern**. Dazu zählen z. B. dichte Dammbalkensysteme bei Türen und Fenstern, Erhöhung der Lichtschachtwände, Rückstauverhinderer bzw. -verschlüsse etc. Die geeigneten Maßnahmen werden in einem Beratungsgespräch mit einer/einem bautechnischen oder wasserbautechnischen Amtssachverständigen festgelegt.

Link:

http://www.noe.gv.at/noe/Sanieren-Renovieren/Hochwasserschutz_beim_Eigenheim.html

Abbildung 7:
Mobiler
Hochwasserschutz im
Triestingtal
(© UMWELTBUNDESAMT
2017)



Woran anknüpfen?

Ein gutes unterstützendes Werkzeug ist das **Gemeindeportal der Wildbach- und Lawinenverbauung**, über das die Gemeinde die Wildbach- und Lawinenverbauungs-Gefahrenzonen abrufen kann. Für die Darstellung gibt es verschiedene Kartenhintergründe zur Auswahl, in die hineingezoomt werden kann. So können die Pläne auch als Unterlage für Beratungen dienen. Auch eine Liste vergangener Ereignisse in der Gemeinde kann abgefragt werden.

Link: <https://gemeindeportal.die-wildbach.at>

Das **Elementarschaden Präventionszentrum (EPZ)** berät Konsumentinnen und Konsumenten in Sachen Prävention gegen Elementarschäden durch Naturgefahren bereits während der Planung. Bauträgerinnen bzw. Bauträger, Architektinnen bzw. Architekten, Planende und Gemeinden können sich an das EPZ wenden, um Informationen und Hinweise auf Probleme zu erhalten. Auf der Website stehen Folder und Broschüren mit vorbeugenden Maßnahmen zum Download zur Verfügung (Folder bezüglich Elementarschaden, Oberflächenwasser, Schneedruck, Sturm, Hagel, Rückstau aus dem öffentlichen Kanal).

Link: <http://www.elementarschaden.at/>

Die **Broschüre „Leben mit Naturgefahren“** des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus fasst alle relevanten Informationen zu Naturgefahren zusammen. Sie zeigt, was bei Hochwasser, Muren, Steinschlag, Rutschungen und Lawinen passieren kann, was schon beim Kauf und dem Bau von Häusern beachtet werden soll und wie man sich am besten in Gefahrensituationen verhält.

Link: https://www.bmnt.gv.at/wasser/schutz_vor_naturgefahren/leben-mit-naturgefahren_broschuere.html

Die **Broschüre „Naturkatastrophen betreffen uns alle“** beschreibt für verschiedene Naturgefahren wie Hochwasser, Hagel, extremen Schneefall etc. Maßnahmen bei Neubau und Sanierung bzw. in der Instandhaltung sowie organisatorische Maßnahmen.

Link:

[https://www.vvo.at/vvo/vvo.nsf/sysPages/x07B907CC33202513C1257CF400380315/\\$file/VVO_Naturkatastrophen-Folder_148x210_FINAL.pdf](https://www.vvo.at/vvo/vvo.nsf/sysPages/x07B907CC33202513C1257CF400380315/$file/VVO_Naturkatastrophen-Folder_148x210_FINAL.pdf)

Die **Warenhandelsgesellschaft „Unser Lagerhaus“** bietet umfangreiche Information zum Risiko Hochwasser an. Die Tipps bilden einen breiten Bogen und reichen vom Hinweis, sich beim Grundstückskauf über Gefahrenzonen zu informieren, über bauliche Schutzmaßnahmen und wasserbeständige Baustoffe bis hin zu Maßnahmen im Akutfall.

Link: <https://www.lagerhaus.at/sortiment/a/risiko-hochwasser>

1.4 Zur Eigenvorsorge motivieren und befähigen

Hintergrund

Warum ist das notwendig?

Menschen mit Migrationshintergrund haben ein besonders geringes Risikobewusstsein, sofern sie noch kein Naturgefahren-Ereignis in Österreich erlebt haben. Sie haben keine überlieferten Erfahrungen zu Naturgefahren in Österreich und sind auch kaum in Freiwilligenorganisationen wie der Freiwilligen Feuerwehr eingebunden. Oft kommen sie aus Ländern, in denen es weniger öffentliche Schutzmaßnahmen gibt und die Hilfe im Katastrophenfall nicht so gut ausgebaut ist. Sie fühlen sich in Österreich vergleichsweise sicher.

Generell ist das Bewusstsein sowohl bei Menschen mit als auch ohne Migrationshintergrund für Eigenvorsorge gering, die Menschen haben hohes Vertrauen in öffentliche Schutzbauten und verdrängen die Gefahr.

Was soll damit erreicht werden?

Ziele

Durch eine umfassende Risikokommunikation, die anschaulich die möglichen Auswirkungen eines Risikos erklärt, soll die Motivation zum Handeln erhöht werden. Es soll aufgezeigt werden, welche unterschiedlichen Möglichkeiten zur Eigenvorsorge bestehen, welchen Aufwand sie bedeuten und welchen konkreten Nutzen sie bringen.

Welche konkreten Schritte können gesetzt werden?

Maßnahmen

Erfassen der **Gefahrensituation** und von **besonders betroffenen Personen** in der Gemeinde: Dabei sollen nicht nur größere Ereignisse im Sinne einer Katastrophe betrachtet werden, sondern auch z. B. lokale Starkregenereignisse, die zu Oberflächenabfluss im Siedlungsgebiet führen, erhebliche Schäden verursachen können und in keiner Gefahrenkarte abgebildet sind. Eine Möglichkeit dazu ist es, den **Naturgefahrencheck Klimawandel**² in der Gemeinde durchzuführen. Das Tool, das sich derzeit in der Testphase befindet, unterstützt die Gemeinde dabei festzustellen, wie gut sie bereits auf Naturgefahren vorbereitet ist. Im Zuge des Naturgefahrenchecks werden Empfehlungen erarbeitet, wie z. B. Informationsflüsse verbessert oder Eigenvorsorge gestärkt werden kann.

Strategische Planung der Risikokommunikation:

Identifizierung von relevanten Akteurinnen und Akteuren der Gemeinde, des Bezirkes/der Region (z. B. KLAR!-Managements) und des Bundeslandes.

- Vorbereitung von **Argumenten**, die den Mehrwert einer verstärkten Zusammenarbeit für Risikokommunikation gemeinsam mit Fachbereichen, Institutionen und Vereinen aufzeigen.
- Durchführung **bilateraler Gespräche** mit relevanten Personen (diese können aus anderen Fachbereichen, aus der Feuerwehr, Hilfsorganisationen, Vereinen etc. sein) und **Aufzeigen des Mehrwerts** für alle Beteiligten, um zur verstärkten Zusammenarbeit zu motivieren.

² Der Naturgefahrencheck Klimawandel wurde in Zusammenarbeit des BMNT und der Länder entwickelt. Weitere Informationen und der Leitfaden werden auf der Website der Wildbach- und Lawinenverbauung (BMNT) veröffentlicht.

- Regelmäßige **Informations- und Austauschveranstaltungen** in Gemeinden mit Beiträgen vom Zivilschutzverband, der Wildbach- und Lawinenverbauung, der Schutzwasserwirtschaft, von Hilfsorganisationen, von im Baubereich tätigen Personen, von Integrationszentren und von Vereinen mit dem Ziel, das Thema Naturgefahren und Zuwanderung zu verknüpfen.
- Benennung einer **verantwortlichen Person**, die regelmäßig den Austausch und die Zusammenarbeit mit den Institutionen und Vereinen auf Gemeinde- und Bezirks- bzw. Landesebene organisiert.
- Schaffung einer **Plattform** auf der Gemeindehomepage oder in den sozialen Medien (z. B. Facebook), die regelmäßig über laufende Aktivitäten berichtet, den Wissensaustausch fördert, relevante Hintergrundmaterialen und Informationsbroschüren anbietet etc.

Entwicklung eines **Kommunikationskonzepts für Information und Beteiligung** von schwer erreichbaren und besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen zum Thema Naturgefahren, Katastrophenschutz und Eigenvorsorge: Eine einzelne Informationsaktivität erreicht meist nicht alle Zielgruppen und schafft es auch meist nicht, die nötige Motivation für Eigenvorsorge herzustellen. Es braucht ein langfristiges Konzept, um wiederholt mit verschiedenen Methoden die Bevölkerung zu informieren. Folgende Elemente sind vorstellbar:

- **Informationen zu Naturgefahren** können mit unterschiedlichen Schwerpunkten in lokalen und von der Zielgruppe akzeptierten Medien kommuniziert werden. Die **offiziellen Gemeindeaussendungen** (z. B. Gemeindekurier, Gemeindebote, Gemeindeblatt) haben eine besonders breite Reichweite und hohe Akzeptanz. Auch auf den **Websites** von Gemeinden und Freiwilligen Feuerwehren sollen Informationen zu Naturgefahren abrufbar sein, die vergangene Hochwässer, die Schutzbauten der öffentlichen Hand und die Notwendigkeit für ergänzende private Maßnahmen zur Eigenvorsorge vorstellen.
- Viele Gemeinden haben eine eigene **Gemeinde-App**, die über Veranstaltungen und allerlei Wissenswertes informiert. Diese Apps können auch genutzt werden, um über Naturgefahren und Eigenvorsorge zu informieren.
- **Preisausschreiben** für Maßnahmen zur Eigenvorsorge: Die besten Beispiele sollen in der Gemeindezeitung vorgestellt und mit einem kleinen Anerkennungspreis honoriert werden. Vor allem Jugendliche und technikaffine Personen können mit neuen Kommunikationstechnologien erreicht werden. Hier kann z. B. das beste Youtube-Video zu Naturgefahren in der Gemeinde/Region ausgezeichnet werden.
- Organisation von **Informationsveranstaltungen für Zugezogene**: Speziell für Personen mit Migrationshintergrund sollen in Kooperation mit Vereinen Formate entwickelt werden, um gezielte Informationen zur lokalen Naturgefahrensituation, Katastrophenvorsorge, Auswirkungen des Klimawandels, Maßnahmen im Bereich Bauen & Wohnen etc. möglichst niederschwellig zu transportieren.

Nutzung lokaler **Veranstaltungen von Vereinen** zur Sensibilisierung und zur Know-how-Vermittlung zum Thema Naturgefahren und Eigenvorsorge: Besonders gute Anknüpfungspunkte ergeben sich in Kooperation mit z. B. den Freiwilligen Feuerwehren.

- **Aktive Einladung zur Feuerwehr** oder anderen Hilfsorganisationen. Derzeit sind Menschen mit Migrationshintergrund gerade in Freiwilligenorganisationen, die eine wichtige Plattform für den Austausch über Risiken und Katastrophenschutz darstellen, unterrepräsentiert.

Vermittlung des Restrisikos und Lernen aus Erfahrungen:

- Die **Erinnerung an vergangene Extremereignisse** soll wachgehalten werden. Historische Bilder, Zeitungsmeldungen sowie Videoaufnahmen können gesammelt und auf der Gemeindehomepage oder der Website der Feuerwehr für alle zugänglich gemacht werden. Informationen zu vergangenen Ereignissen erhält man auch in der Unwetterchronik der Zentralanstalt für Meteorologie (ZAMG o. J.), im Klimastatusbericht (ROPAC et al. 2018), auf dem Gemeindeportal der Wildbach- und Lawinenverbauung und in der Ereignisdokumentation des BMNT.



Abbildung 8: Erinnerung an vergangene Hochwässer durch Hochwasser-Marken,
(© ILAP 2017)

- Die Erinnerung an vergangene Ereignisse kann auch durch **Veranstaltungen, die Zeitzeuginnen- und Zeitzeugenberichte einbinden**, wachgehalten werden. Wichtig ist, dass solche Ausstellungen immer einen sehr starken lokalen Bezug haben. Personen mit Migrationshintergrund, die bereits länger in der Gemeinde leben, haben vielleicht schon Naturereignisse am eigenen Leib erlebt und können eingebunden werden. Bestenfalls können sie zeigen, welche Vorsorgemaßnahmen sie getroffen haben, um im neuerlichen Ereignisfall Schäden zu minimieren.
- Eine Ausstellung zu vergangenen Naturereignissen kann mit den Folgen des Klimawandels und dem **Blick in die Zukunft kombiniert** werden.
- Gemeinsame Begehungen** des Ortes mit der Bevölkerung (z. B. Hochwasserwandertage) sind ebenfalls ein gutes Mittel, um auf vergangene Hochwässer aufmerksam zu machen. In diesem Rahmen können Hochwasseranschlagmarken besucht bzw. errichtet oder an bestimmten Plätzen historische Bilder bzw. Texte präsentiert werden.
- In den **Schulen** der Gemeinden können Kinder im Rahmen des Unterrichts Zeitzeuginnen und Zeitzeugen z. B. aus der eigenen Familie interviewen oder Recherchen zu vergangenen Naturereignissen in der Gemeinde durchführen. Auch der Gefahrenzonenplan für Kinder ist dazu ein empfehlenswertes Mittel (VOLKSSCHULE ST. STEFAN o. J.).

Motivierung zur Eigenvorsorge:

- Es besteht nur dann Motivation zur Eigenvorsorge, wenn klar ist, dass ein gewisses Risiko besteht, von Naturgefahren betroffen zu sein. Das **Risiko muss transparent** und leicht verständlich seitens der Gemeinde **kommuniziert werden**. Informationsunterlagen sollen die lokale Situation der Naturgefahren einfach und selbsterklärend darstellen. Es braucht eine Balance in der Kommunikation, um Gefahren und das verbleibende Risiko angemessen zu erklären, jedoch ohne Panik zu erzeugen und Angst oder Verdrängung auszulösen (GROTHMANN & REUSSWIG 2006). Wichtig ist es, dabei gleichzeitig Möglichkeiten zur Eigenvorsorge und deren Wirkung im Ereignisfall aufzuzeigen.
- Personen mit Migrationshintergrund brauchen, vor allem wenn Sprachschwierigkeiten auftreten, auch **persönliche Beratung**, die die Lage in der Gefahrenzone sowie das verbleibende Risiko erklärt und auf mögliche Eigenvorsorge hinweist. So können allgemein Personen erreicht werden, die zu schriftlichen Informationen oder gar Kartenlesen wenig Zugang haben. Eine weitere Intensivierung der Beratung kann durch eine persönliche Begehung vor Ort erreicht werden.
- Erklärung des konkreten **Nutzens und Aufwands der Eigenvorsorge**: Der Aufwand, die Kosten, mögliche Förderungen, notwendige Ansuchen und Bescheide von Behörden sowie die Organisation und Planung der Arbeiten sollten möglichst gut erklärt werden. Aufgezeigt werden sollte auch, wo man fachkundige Unterstützung, kostengünstige Baumaterialien und verständliche Anleitungen erhält.
- Kooperationen und Weiterbildungsaktivitäten können mit **Baumärkten**, aber auch Personen aus dem **Baugewerbe** initiiert werden.
- Vorbildfunktion** können Gebäude der Gemeinde oder der Feuerwehr einnehmen, wenn diese historisch in einem Gefahrenbereich liegen und durch Objektschutzmaßnahmen geschützt werden.

- **Good Practice:** Gelungene Beispiele der Eigenvorsorge können über Gemeindemedien oder in Kooperation mit lokalen Medien vor den Vorhang geholt werden.
- „**Spaziergänge**“ oder ein „**Tag der offenen Tür**“ bieten eine Möglichkeit, Vorsorgemaßnahmen vor Ort kennenzulernen und mit der langjährig ansässigen Bevölkerung Erfahrungen auszutauschen.
- **Aktivitäten in Schulen und Kindergärten:** Beispiele dafür sind etwa der „Gefahrenzonenplan für Kinder“ (VOLKSSCHULE ST. STEFAN o. J. oder „Gefahrenzonenplan macht Schule“, Interreg Projekt CAMARO-D³ oder Biber Berti (www.biberberti.com)).
- Schaffung von **Anreizen auf Gemeindeebene:** Dies können z. B. eine Förderung, Vergünstigungen bzw. Gutscheine von Baumärkten oder Anbieterinnen bzw. Anbietern von mobilen Hochwasserschutzelementen für Maßnahmen zur Eigenvorsorge sein.

Einfache Sprache, Emotionen und Bilder als Schlüssel zum Erfolg:

- Der Bereich der Naturgefahren ist geprägt von einer Vielzahl technischer Fachbegriffe, die selbst für die heimische Bevölkerung oft nicht verständlich sind. Umso wichtiger ist es, Fachbegriffe und lange Sätze zu vermeiden und einfache, allgemein verständliche Worte zu verwenden. **Regeln leichter Sprache** können auch für Menschen verwendet werden, deren Erstsprache nicht Deutsch ist. Die Regeln leichter Sprache (NETZWERK LEICHTE SPRACHE 2013) geben hierzu Anregungen.
- **Testen der Verständlichkeit:** Falls neue, spezielle Informationsmaterialien entwickelt werden, empfiehlt es sich, diese gemeinsam mit Personen aus einer Zielgruppe zu erarbeiten. So können eine entsprechende Wortwahl und Gestaltung, aber auch die möglichst effektive Verbreitung erreicht werden.
- **Vermeidung von Überforderung:** Zugezogene Personen sollen davon ausgehen können, dass sie alle wichtigen Informationen zuverlässig durch die Gemeinde oder Einsatzorganisationen erhalten. Allerdings ist dabei zu beachten, dass zu viel Information verunsichert oder erst gar nicht gelesen wird. Es geht also darum, die richtige Information zum richtigen Zeitpunkt sehr fokussiert zu liefern.
- **Multiplikatorinnen und Multiplikatoren:** In der jeweiligen Gruppe von Personen mit Migrationshintergrund anerkannte Personen können als vertraute Anlaufstellen eine wichtige Rolle spielen.

³ <https://www.raumberg-gumpenstein.at/cm4/de/aktuelles-lfz/forschung/5987-gefahrenzonenplan-macht-schule-interreg-projekt-camaro-d.html>

Impulsgebende

Gemeindepolitik / Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

Wer ist zuständig?**Beteiligte**

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeitsbereiche (Integrationsverantwortliche, Gemeinderat, Bauamt, Verantwortliche für örtliche Raumplanung, Kommunikation, soziale Agenden, Bildung etc.), Vereine von Migrantinnen und Migranten sowie sonstige Vereine, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus der Gruppe der Migrantinnen und Migranten, Einsatzorganisationen bzw. erfahrene Einsatzkräfte, Vereine und Einzelpersonen, die sich mit historischen Ereignissen in der Gemeinde beschäftigen, Schulen und andere Bildungseinrichtungen, Baumärkte, Unternehmen und Einzelpersonen aus dem Bau- und Wohnungswesen.

Wer soll mitarbeiten?**Woran anknüpfen?**

Die Broschüre „**Risikokommunikation im Hochwasserschutz. Anleitung und Empfehlungen für die Praxis**“ gibt Interessierten einen ersten Einstieg in das Thema Risikokommunikation und stellt gelungene Beispiele von Kommunikationsmaßnahmen vor.

Anregungen aus der Praxis

Ein Beispiel ist ein **Ausstellungskonzept mit Zeitzeuginnen- und Zeitzeugenberichten**, umgesetzt in Großkirchheim in Kärnten. Aus Zeitzeuginnen- und Zeitzeugeninterviews, Dokumenten und Zeitungsausschnitten sowie einer Dia-Sammlung wurde eine Ausstellung über die Hochwässer in Großkirchheim in den Jahren 1965 und 1966 erstellt. Zu den Bildern gab es kurze Texte im lokalen Dialekt über Erlebnisse von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen.

Im **Schulprojekt Gefahrenzonenplan für Kinder** steht die Bewusstseinsbildung durch theoretische und praktische Übungen zur Gefahrenzonenplanung und Hochwassergefahren im Vordergrund. An zwei Tagen befassen sich die Kinder im Unterricht mit Karten, Plänen und Gefahrenzonen. Das Erlernte wird mit Fachleuten aus dem Hochwasserbereich an einem Gewässer der Gemeinde ausprobiert.

Link: <http://www.revital-ib.at/de/11-projekte/226-leitfaden-imra-risikokommunikation-im-hochwasserschutz>

Hochwasserschutz-Fibel der Gemeinde Melk

Hier finden sich Informationsmaterial zu Maßnahmen, damit alle im Ernstfall optimal vorbereitet sind und damit auch ein sicheres und reibungsloses Zusammenspiel von Einsatzkräften und Bürgerinnen sowie Bürgern sichergestellt ist.

Link: http://www.melk.gv.at/de/Willkommen_auf_der_neuen_HWS-Seite_2

Wanderausstellung „Naturereignis Hochwasser“

Wie entsteht Hochwasser? Sind Hochwässer vom Menschen gemacht? Und wie kann man die Schäden von Hochwasser vermindern? Antworten auf diese und viele andere Fragen gibt die Wanderausstellung „Naturereignis Hochwasser“ der deutschen Allianz Umweltstiftung.

Link:

<https://umweltstiftung.allianz.de/projekte/umweltkommunikation/hochwasserausstellung/>

Oberösterreichischer Ideengeber „Wie ein Willkommen gelingen kann“. Leitfaden für die Erstellung von Willkommensmappen, 2017 vom OÖ Regionalmanagement

Link: https://www.willkommen-standortooe.at/wp-content/uploads/2017/05/wist_ideengeber_web_rz.pdf

Zur Kommunikation und Gestaltung von Informationsmaterialien für Personen mit Migrationshintergrund liegen Leitfäden für unterschiedliche Sektoren vor; z. B. gibt der Leitfaden „**Menschen mit Migrationshintergrund besser erreichen**“ sprachliche und gestalterische Empfehlungen für die Aufbereitung der Information („leichte Sprache“).

Link:

https://wien.arbeiterkammer.at/service/studien/Arbeitsmarkt/Menschen_mit_Migrationshintergrund_besser_erreichen.pdf

2 EINSATZORGANISATIONEN MIT FOKUS AUF FREIWILLIGE FEUERWEHREN

Herausforderungen

Freiwilligenengagement ist das Rückgrat des Katastrophenschutzes in Österreich und weist insbesondere im ländlichen Raum einen traditionell hohen Stellenwert auf. Bereits heute stellen Abwanderung, demografische Veränderungen und ein breiteres Freizeit- und Sportangebot eine Herausforderung für Einsatzorganisationen dar, die durch klimatisch bedingte veränderte Naturgefahrensituationen zunehmen wird. Einsatzkräfte müssen künftig auch für den Fall höherer Belastungsspitzen gerüstet sein, um Menschen, Wirtschaftsgüter und kritische Infrastrukturen zu schützen bzw. Letztere rasch wiederherzustellen.



*Abbildung 9:
Einsatz der Freiwilligen
Feuerwehr beim
Hochwasser 2009 in der
Gemeinde
Kremsmünster
(© FF KREMSMÜNSTER
2009)*

Durch klimatische Veränderungen werden Naturgefahrensituationen zunehmen. Sich ändernde Gefahrenpotenziale müssen erkannt und neu eingeschätzt werden, Einsatzszenarien müssen angepasst sowie Kapazitäten gesichert und bei Bedarf ausgebaut werden, um angemessen reagieren zu können (BALAS et al. 2015).

In Österreich leben zahlreiche Menschen, deren Potenzial hinsichtlich Freiwilligenengagement vorhanden ist, jedoch noch viel zu wenig beachtet wird. Seit 2012 besteht österreichweit die gesetzliche Möglichkeit, dass sich auch Personen, die nicht aus dem EU-Bereich kommen, in der Freiwilligen Feuerwehr engagieren können.

2.1 Personen mit Migrationshintergrund in die Freiwilligen Feuerwehren holen

Warum ist das notwendig?

Hintergrund

Freiwillige Feuerwehren stehen vor der Herausforderung, eine ausreichende Anzahl an neuen Mitgliedern zu gewinnen. Gerade die körperlich belastbare Gruppe der 20- bis 45-Jährigen ist aufgrund beruflicher (Auspendeln, 10-bis-12-Stundentage) und privater Verpflichtungen (Familiengründung und Betreuungspflichten) sowie alternativer Möglichkeiten der Freizeitgestaltung schwer zu motivieren. Unter sich ändernden klimatischen Bedingungen und Naturgefahrenpotenzialen sowie unter sich ändernden demographischen, strukturellen und sozio-ökonomischen Bedingungen kommen die Freiwilligen Feuerwehren manchmal an die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit.

Zugezogene Personen mit und ohne Migrationshintergrund sind oftmals wenig in die örtliche Gemeinschaft eingebunden und haben auch kein überliefertes Wissen zu lokalen Naturgefahren und dem Umgang mit diesen Risiken.

Was soll damit erreicht werden?

Ziele

Personen mit Migrationshintergrund kommen häufig als junge Menschen nach Österreich oder sind bereits hier geboren. Ihre Mitwirkung in den Freiwilligen Feuerwehren kann wesentlich dazu beitragen, das Wissen um die lokale Naturgefahrensituation und um geeignete Vorsorgemaßnahmen zu erhöhen und kann gleichzeitig den sozialen Zusammenhalt unterstützen. Durch eine Öffnung und Aufnahme von Personen mit Migrationshintergrund können die Feuerwehren wieder jüngere Mitglieder rekrutieren. Sie können auch wesentlich dazu beitragen, das in der Feuerwehr erworbene Wissen über die lokale Naturgefahrensituation, den Umgang damit und geeignete Vorsorgemaßnahmen in ihrem persönlichen Umfeld weiterzugeben.

Freiwilligenarbeit bei der Feuerwehr (oder auch bei anderen Einsatzorganisationen) ist neben Sport und Musik eine der besten Möglichkeiten für Integration. Integration geschieht durch unterschiedliche Faktoren:

- Aufbau von Vertrauen durch gegenseitiges Kennenlernen, ein Sich-aufeinander-Einlassen und Sich-aufeinander-verlassen-Können, Abbau von Vorurteilen
- Kulturelle Einbindung (z. B. gemeinsames Feiern von Festen, Kennenlernen von Traditionen)
- Kennenlernen und Leben gesellschaftlicher Werte (Freiwilligenkultur etc.)
- (Besseres) Erlernen der Sprache
- Ermöglichung und Stärkung der Akzeptanz bei der lokalen Bevölkerung.

Welche konkreten Schritte können gesetzt werden?

Maßnahmen

Zusammenarbeit mit Organisationen (Rotem Kreuz, Caritas, Vereinen), die in der Integration tätig sind, und den Feuerwehren durch Vernetzungstreffen und gemeinsame Veranstaltungen aufbauen.

Aufbau einer **Fachberaterin oder eines Fachberaters für Integration** in Zusammenarbeit mit dem Landesfeuerwehrverband: Empfehlungen zu den Voraussetzungen und Aufgaben liegen vom deutschen Feuerwehrverband⁴ vor.

Vorbereitung der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren auf das Engagement von Personen aus unterschiedlichen Herkunftsländern und Kulturen durch gezielte **Weiterbildung**, um Konflikte und Barrieren zu vermeiden.

Erstellung von gestalterisch professionell und sprachlich **einfach gehaltenem Infomaterial** für Migrantinnen und Migranten zu den Aufgaben, zu Ausbildungsmöglichkeiten, den Rechten und Pflichten sowie ggf. zu Karrieremöglichkeiten: Wesentlich dabei ist, die Vorteile für jede Einzelne / jeden Einzelnen und für die Familie zu erklären.

Drehen eines **Kurzfilms** mit wenig Sprache, eventuell in der Muttersprache von Personen mit Migrationshintergrund (mit deutschen Untertiteln oder umgekehrt) und mit Werbebotschafterinnen oder -botschaftern aus der Gruppe der Migrantinnen und Migranten. Der Film kann auf der Homepage der örtlichen Feuerwehr bzw. der Gemeinde oder auf der Website von Vereinen für Personen mit Migrationshintergrund veröffentlicht werden.

Hinweis auf die Aufgaben und Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr in der **Willkommensmappe** der Gemeinde und Einladung zum Mitmachen.

Aufzeigen der Vorteile des Freiwilligenengagements:

- Soziale/gesellschaftliche Integration
- Stärkung der Anerkennung in der Gesellschaft und Ermöglichung neuer Kontakte/Freundschaften
- Orientierung und sinnstiftende Tätigkeit, Stärkung des Selbstvertrauens
- Vertrautheit mit der örtlichen Naturgefahrensituation
- Fähigkeit, geeignete Vorsorgemaßnahmen zum Schutz der eigenen Angehörigen zu treffen
- Verbesserung der Sprachkenntnisse
- Erwerb neuer Qualifikationen, die bei der Jobsuche und im Beruf von Vorteil sein können.

Etablierung einer Willkommenskultur sowie der Wertschätzung und **Einbindung von Familienmitgliedern der Einsatzkräfte** und Anbieten von **Vergünstigungen** für Feuerwehrmitglieder und deren Angehörige.

Veranstaltung von **Tagen der offenen Tür, Schnupper- und Mitmachtagen** für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Die Einladung soll am besten durch persönliche Ansprache über eine Vertrauensperson erfolgen.

Gestaltung von **Ferienaktionen** in Zusammenarbeit mit Schule und Kindergarten: Dabei soll gezielt und spielerisch auf Unsicherheiten hinsichtlich der Sprache und auf die Feuerwehr eingegangen werden.

Jedem neuen Feuerwehrmitglied mit Migrationshintergrund wird ein „**alter Kamerad / eine „alte Kameradin“ als Vertrauensperson** zur Seite gestellt.

Good Practice wird **vor den Vorhang** geholt: Einzelne Einsatzorganisationen haben bereits Erfahrung in der Einbindung von Personen mit Migrationshintergrund. Was hat gut funktioniert bzw. was hat nicht funktioniert – und warum?

⁴ Link: <http://www.feuerwehrverband.de/fe-fb-integration.html>

Aufgreifen, Wertschätzung und Einsatz der **individuellen Fähigkeiten von Migrantinnen und Migranten** – z. B. von technischen, handwerklichen oder Kommunikations-Kompetenzen, einschlägigen Ausbildungen und Berufserfahrungen im Heimatland.

Ideenwettbewerb unter Feuerwehren, ausgerichtet durch den Bundesfeuerwehrverband: z. B. um für Migrantinnen und Migranten attraktive Rahmenbedingungen und Einsatzmöglichkeiten zu entwickeln, Kommunikations- und Schulungsmaterialien zu gestalten etc.

Wer ist zuständig? Impulsgebende

Freiwillige Feuerwehr.

Wer soll mitarbeiten? Beteiligte

Gemeindeverwaltung, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Schulen, Kindergarten, Hilfsorganisationen, Integrationsstellen auf der Bundesländerebene, Vereine von und für Migrantinnen und Migranten, Landesfeuerwehrverband.

Anregungen aus der Praxis Good Practice

GIVE-Speed-Dating für freiwillige Arbeit

Die Caritas Steiermark hat im Rahmen des GIVE-Projektes (Grassroots Integration through Volunteering Experiences) **Workshops für Organisationen sowie Migrantinnen und Migranten zum Thema Freiwilligkeit** veranstaltet, um den Zugang zur Freiwilligenarbeit für Personen mit Migrationshintergrund zu erleichtern.

Ablauf: Die Organisationen erhalten einen Platz, um sich zu präsentieren. Nach einer kurzen Vorstellrunde bekommen die Migrantinnen / Migranten die Möglichkeit, im Rahmen des „Speed-Datings“ während ca. drei Minuten die Organisationen kennenzulernen. In ungezwungener Atmosphäre bei Buffet und Getränken haben alle danach noch Zeit, sich kennenzulernen, offene Fragen zu klären und Kontaktdaten auszutauschen.

Link:

http://www.freiwilligenweb.at/sites/default/files/Speeddating%20f%C3%96BCr%20freiwillige%20Mitarbeiter_0.pdf

„Gemeinsamer Einsatz verbindet – Willkommen bei der Freiwilligen Feuerwehr in Oberösterreich“

Die vom oberösterreichischen Feuerwehrverband und der Integrationsstelle Oberösterreich erstellte Broschüre gibt Einblick in die Aufgaben und Möglichkeiten der Freiwilligen Feuerwehren. Sie zielt darauf ab, Personen unterschiedlicher Herkunft über die ehrenamtliche Tätigkeit bei den Freiwilligen Feuerwehren zu informieren und Berührungsängste abzubauen.

Link:

http://www.freiwilligenweb.at/sites/default/files/Speeddating%20f%C3%96BCr%20freiwillige%20Mitarbeiter_0.pdf

Der deutsche Feuerwehrverband bietet als Teil des Projektes „Deine Feuerwehr – Unsere Feuerwehr! Miteinander reden“ eine Reihe von **Materialien zum Thema Migrantinnen und Migranten sowie interkulturelle Kompetenz in der Feuerwehr** an. Den Hintergrund bildete die Überlegung, dass Feuerwehren einen Querschnitt der Bevölkerung darstellen sollen. Die Feuerwehr zeigte sich zum Start des Projektes eher monokulturell: der klassische Feuerwehrangehörige ist männlich und ohne Migrationshintergrund.

Angeboten wird Schulungsmaterial für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren („Deine Feuerwehr – Unsere Feuerwehr! Für ein offenes Miteinander“), die **Handreichung zur interkulturellen Öffnung der Feuerwehren** („Einsatz braucht Vielfalt – Vielfalt braucht Einsatz“) und die Handreichung „Miteinander Brücken bauen – **Praxistipps für den interkulturellen Dialog im Feuerwehralltag**“.

Im **Leitbild zur interkulturellen Öffnung** sind sieben Leitsätze formuliert, die das Selbstverständnis von Feuerwehren in diesem Prozess darstellen. Um auch internationale Muttersprachlerinnen und Muttersprachler zu erreichen, steht es auch in Griechisch, Kroatisch, Polnisch, Russisch, Spanisch und Türkisch zur Verfügung.

Link: <http://www.feuerwehrverband.de/112-projekt.html>

112 Feuerwehr – Willkommen bei uns

Mit der **Kommunikationskampagne „112 Feuerwehr – Willkommen bei uns**. So begrüßt man neue Freunde und alte Bekannte“ begrüßt der Deutsche Feuerwehrverband Menschen, die Interesse an der Feuerwehr haben.

Unter www.112-willkommen.de stehen zahlreiche Werbemedien zum Download bereit.

Die deutsche Jugendfeuerwehr hat 2007 eine **Integrationskampagne unter dem Motto „Unsere Welt ist bunt“** gestartet. Arbeitshefte zum Thema Integration, Gender etc. stehen zum Download bereit.

Link: <https://www.jugendfeuerwehr.de/?id=145>

Landesfeuerwehrverband Schleswig-Holstein

„**Mehr WIR in der Wehr**“ – ein Projekt des Landesfeuerwehrverbands Schleswig-Holstein in Kooperation mit der Türkischen Gemeinde Schleswig-Holstein:

Das Projekt „**Mehr WIR in der Wehr**“ hat sich zum Ziel gesetzt, das Bewusstsein und die Motivation von Menschen mit Migrationshintergrund für das Ehrenamt in der Feuerwehr zu stärken und Angehörige von Feuerwehren in ihren interkulturellen Kompetenzen zu fördern, um sich auf die Zusammenarbeit optimal vorzubereiten. So werden Berührungsängste auf beiden Seiten abgebaut, gegenseitiges Verständnis geweckt und interkulturelle Kompetenzen aufgebaut.

Informationskampagne des Landesfeuerwehrverbands (LFV) Bayern e.V. für Menschen mit Migrationshintergrund

Der LFV Bayern hat eine Informationskampagne für Menschen mit Migrationshintergrund gestartet, um gezielt auf die Feuerwehr aufmerksam zu machen und ihnen mögliche Ängste zu nehmen.

Menschen mit Migrationshintergrund, aber vor allem Flüchtlinge, reagieren oft mit starker Zurückhaltung und Vorbehalten auf die Feuerwehr. Ein Grund dafür dürfte – neben der Angst vor Uniformen – sein, dass in den Herkunftsändern die Feuerwehr polizeilich bzw. militärisch organisiert ist. Schlechte Erfahrungen mit Polizei und Militär in der Heimat werden dann oftmals auf unser System der Freiwilligen Feuerwehr übertragen. Der LFV Bayern hat diese Thematik deshalb in zwei Broschüren aufgegriffen. In Deutsch als auch in Englisch wird erklärt, was die Feuerwehr leistet und dass sie weder militärisch noch polizeilich organisiert ist: „**Helper in der Not – Keine Angst vor unseren Uniformen**“ und „**Jeder kann helfen. Komm hilf mit!**“.

Link: <http://www.stmi.bayern.de/med/aktuell/archiv/2017/171017fwmigra/>

Die Fachberaterin bzw. der Fachberater „Integration in der Feuerwehr“

Die Fachberaterin bzw. der Fachberater soll im eigenen Lebensumfeld bzw. in der Feuerwehr akzeptiert sein und über möglichst vielfältige Kontakte verfügen. Ein eigener Migrationshintergrund ist keine Voraussetzung, wohl aber persönliches Engagement und eine positive Einstellung gegenüber der interkulturellen Öffnung. Die Aufgaben umfassen den Aufbau und die Koordination von Netzwerken, die Unterstützung bei Konflikten, die Vorbereitung von Informationen und Öffentlichkeitsarbeit.

Link: <http://www.feuerwehrverband.de/fe-fb-integration.html>

2.2 Weiterbildung der Feuerwehrmitglieder für den Umgang mit Migrantinnen und Migranten forcieren

Hintergrund

Menschen mit Migrationshintergrund sind in freiwilligen Katastrophenhilfs- und Rettungsdiensten mit drei Prozent unterrepräsentiert (BMASK 2015). Sie haben keine rechte Vorstellung davon, was eine Feuerwehr alles macht, weil es in den meisten Herkunftsländern keine der Freiwilligen Feuerwehr entsprechenden Organisationen gibt. Diese kann aber eine wichtige Plattform für den Austausch über Risiken und Katastrophenschutz darstellen.

Feuerwehrmitglieder wiederum sind für die jeweiligen Einsätze geschult, aber nicht im Umgang mit anderen Kulturen und interkultureller Kommunikation. Zusätzlich kann eine eventuell auftretende Sprachbarriere hinderlich sein, wenn es darum geht, über Gefahren und Risiken zu informieren.

Warum ist das notwendig?

Ziele

Durch Weiterbildung im Bereich interkultureller Kommunikation und Umgang mit anderen Kulturen soll die Kommunikation im Krisen- und Einsatzfall verbessert werden. Zusätzlich wird das Verständnis für andere Kulturen erhöht und in weiterer Folge der soziale Zusammenhalt gestärkt. Weiters kann auch das Risikobewusstsein und die Bereitschaft für Eigenvorsorge verbessert werden, wenn mehr Personen mit Migrationshintergrund bei der Feuerwehr dabei sind und so auch Multiplikatorinnen bzw. Multiplikatoren für ihre Familien und Communitys sein können.

Was soll damit erreicht werden?

Maßnahmen

Recherche von Weiterbildungsangeboten im Themenbereich Integration (z. B. beim Österreichischen Integrationsfonds und den Integrationszentren der Bundesländer) – siehe dazu auch die vorherige Empfehlung.

Welche konkreten Schritte können gesetzt werden?

Austausch zwischen in der Integration tätigen Personen und der Feuerwehr, um Erfahrungen und Stolpersteine beim Umgang mit anderen Kulturen zu diskutieren.

Kontakt zum jeweiligen Landesfeuerwehrverband zur **Entwicklung entsprechender Angebote**: Der deutsche Feuerwehrverband als auch Landesfeuerwehrverbände haben Broschüren und Schulungsmaterialien entwickelt. Eine Kontaktaufnahme zum Erfahrungsaustausch oder eine Einladung zu einem Vortrag kann zeigen, wie es in der Praxis funktioniert.

Schaffung von Anreizen zur Teilnahme an relevanten Weiterbildungsangeboten für Feuerwehrmitglieder durch die Gemeinde.

Impulsgebende

Wer ist zuständig?

Freiwillige Feuerwehr.

Wer soll mitarbeiten?	Beteiligte Landesfeuerwehrverband, Bundesfeuerwehrverband, Integrationsstellen der Bundesländer, Zivilschutzverband, Gemeinden.
Anregungen aus der Praxis	Good Practice <p>Der Landesfeuerwehrverband Vorarlberg bietet einen Sonderlehrgang zur Fachberaterin bzw. zum Fachberater Naturgefahren an. Ziel ist es, die Teilnehmenden für das Thema Naturgefahren zu sensibilisieren. Der Kurs befasst sich mit Risikomanagement-Grundlagen, mit den Folgen des Klimawandels, mit Hochwasser, Muren, Rutschungen, aber auch mit dem Erkennen von meteorologischen, hydrologischen, geographischen und topographischen Sachverhalten.</p> <p>Link: https://www.lfv-vorarlberg.at/faz/lehrgangsprogramm/eventdetail/7364/-/fachberater-naturgefahren.html</p> <p>Der deutsche Feuerwehrverband hat diverse Materialien als Hilfestellung für die interkulturelle Öffnung erarbeitet.</p> <p>Link: http://www.feuerwehrverband.de/112-projekt.html</p>
Woran anknüpfen?	
<p>Der österreichische Integrationsfonds bietet den Lehrgang Transkulturelles Management an, dessen Module auch einzeln besucht werden können. Die Module befassen sich mit interkultureller und gewaltfreier Kommunikation, mit Konfliktmanagement sowie mit interkulturellem Teambuilding.</p> <p>Link: https://www.integrationsfonds.at/weiterbildung/lehrgang-transkulturelles-managment-tkm/?L=0</p> <p>Der Lehrgang Interkulturelle Kompetenz in Vorarlberg ist eine Weiterbildung für Personen aus Gemeinden, Vereinen, Initiativen, dem Sozialbereich etc., die beruflich oder ehrenamtlich mit Menschen aus anderen Kulturen zu tun haben.</p> <p>Link: https://www.okay-line.at/aktuell/lehrgang-interkulturelle-kompetenz-2019-bildungshaus-batschuns/</p>	

2.3 Über Feuerwehren zu Naturgefahren und Eigenvorsorge informieren

Hintergrund

Einerseits beeinflusst der Klimawandel die Häufigkeit und Intensität von Naturgefahren, andererseits erhöht die zunehmende Flächenversiegelung das vorhandene Schadenspotenzial und die Anzahl der gefährdeten Personen. Zudem stoßen die im Katastrophenschutz tätigen Einsatzorganisationen zunehmend an ihre Kapazitätsgrenzen.

Neben Gemeinden sind Feuerwehren für die Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund die wichtigste Ansprechstelle zum Zeitpunkt einer Naturkatastrophe. Um die derzeit oft zu schwach ausgeprägte Eigenvorsorge von Privatpersonen zu stärken, können allerdings bereits Eigenvorsorgemaßnahmen über die Feuerwehr bekanntgemacht und unterstützt werden.

Warum ist das notwendig?



Abbildung 10:
Mobile Hochwasserschutz
zur Eigenvorsorge
(© ILAP 2017)

Ziele

Die Websites und sozialen Medien der örtlichen Feuerwehren werden oft besucht. Vor allem im ländlichen Raum sind die Feuerwehren und ihre Kommunikationswege gut in die Informationsflüsse der Gemeinden integriert. Daher sind die Webauftritte, Übungen und Veranstaltungen der Feuerwehren eine wichtige Möglichkeit, über Eigenvorsorge und Naturgefahren zu informieren und das Bewusstsein für ein Restrisiko durch lokale Naturgefahren aufrechtzuerhalten. Eigenvorsorgemaßnahmen erhöhen nicht nur die Sicherheit der Bevölkerung, sie entlasten und unterstützen auch die Arbeit der Einsatzkräfte.

Was soll damit erreicht werden?

Welche konkreten Schritte können gesetzt werden?	Maßnahmen
	<p>Aktualisierung oder Neustrukturierung der Feuerwehrwebsite: Die Webauftritte von Feuerwehren sollen Naturgefahren in unterschiedlicher Form darstellen sowie einfach verständlich und ansprechend visualisiert sein, um auch Personen mit nicht deutscher Muttersprache anzusprechen. Bei der Gestaltung der Information soll im Idealfall eine Migrantin bzw. ein Migrant mitwirken.</p>
	<p>Informationen zur Eigenvorsorge: Im Idealfall stellt z. B. der Landesfeuerwehrverband leicht verständliche Informationen für die Feuerwehren zur Verfügung. Sie enthalten z. B.:</p>
	<ul style="list-style-type: none"> ● Verhalten im Einsatzfall: Was ist zu tun, wenn es in der Gemeinde zu einem Naturgefahrenereignis kommt? ● Verlinkung zu Apps zur Warnung vor lokalen Naturgefahren ● Verlinkung zu öffentlich abrufbaren Pegelständen ● Verlinkung zu Informationen zu Gefahrenzonenplänen (z. B. https://www.hora.gv.at/ oder https://maps.wisa.bmvt.gv.at/hochwasser oder Informationssystemen der Länder wie dem NÖ-Atlas).
	<p>Es gibt auch Informationsmaterial aus anderen Quellen (siehe z. B. Empfehlung 5), auf das zurückgegriffen werden kann.</p>
	<p>Wachthalten der Erinnerung an vergangene Ereignisse: Die Dokumentation vergangener Hochwässer oder anderer Naturereignisse zeigt auf, was passieren kann (siehe Empfehlung 1.4). Recherchen zu vergangenen Naturereignissen können auch gut in Kooperation mit Schulen gemacht werden.</p>
	<p>Die Hochwassergefahr erlebbar machen: Übungen der Feuerwehren sollen auch Naturgefahren gewidmet werden und hier durch auffällige (bunte) Absperrungen oder symbolische Visualisierung von Höchstwasserständen (etwa durch blaue Bänder oder provisorische Stege) und dem Aufbau des mobilen Hochwasserschutzes (z. B. Verschlussysteme der einzelnen Wohnhäuser) erfolgen. Sind in einer Gemeinde Ortsteile bekannt, in denen eine überdurchschnittlich hohe Anzahl von zugezogenen Personen mit und ohne Migrationshintergrund in gefährdeten Zonen wohnt, kann bewusst diese Gegend für eine Übung ausgewählt werden. Die dort wohnende Bevölkerung soll über den Zweck und die Dauer der Übung vorab informiert und bei Interesse eingebunden werden. Bilder der Übung können auf der Website der Feuerwehr und in Gemeindemedien verbreitet werden.</p>
	<p>Nutzung von Feuerwehrfesten oder Tagen der offenen Tür, um auf Möglichkeiten der Eigenvorsorge bei Naturgefahren hinzuweisen: Dazu sollen Baumärkte, Anbieterinnen und Anbieter von mobilen Hochwasserschutzelementen, der Zivilschutzverband, Gebietsbauleitungen der Wildbach- und Lawinenverbauung etc. eingeladen werden.</p>
	<p>Gewinnung von älteren Feuerwehrmitgliedern, die nicht mehr aktiv an den Einsätzen teilnehmen, für die Beratung zur Eigenvorsorge.</p>

Impulsgebende

Freiwillige Feuerwehr.

Wer ist zuständig?**Beteiligte**

Gemeindeverwaltung (v. a. die für Zivilschutz zuständigen Stellen), Zivilschutzverband (zur Bereitstellung allgemeiner Informationen für Eigenvorsorge und Verhalten im Einsatzfall), Regionalstellen des Schutzwasserbaus und der Wildbach- und Lawinenverbauung, Baumärkte, Herstellerinnen und Hersteller mobiler Hochwasserschutzelemente, in der Integration tätige Organisationen und Vereine, Personen mit Migrationshintergrund.

Wer soll mitarbeiten?**Woran anknüpfen?****Anregungen aus der Praxis**

Der **Landesfeuerwehrverband Vorarlberg** bietet **Beratung zum Thema Objektschutz Naturgefahren** an. Als Service werden unter anderem die Erhebung des Risikos vom betroffenen Objekt, die Ausarbeitung eines Gebäudeschutzkonzepts, eine Schulung im Umgang mit Notfallmaßnahmen (Pumpen, Sandsäcken, Schalttafeln etc.) und Informationen zu Eigenvorsorgemaßnahmen wie Rückstauklappen, Dammbalkensystemen, Pumpen etc. angeboten. Angeboten werden auch Vorträge und Übungen. Links zu Wetterwarnungen und allgemeinen Ratgebern zur Eigenvorsorge runden das Beratungsangebot ab.

Link: <https://www.lfv-vorarlberg.at/naturgefahren.html#serviceleistungen>

Mit dem **Projekt „Gemeinsam.Sicher.Feuerwehr“** betreibt der Österreichische Bundesfeuerwehrverband eine Initiative, die **Kindern und Jugendlichen Feuer- und Alltagsgefahren altersgerecht vermittelt**. Damit soll unter anderem das breite Betätigungsfeld der Feuerwehren abgebildet und Bewusstsein z.B. für Eigenvorsorge und Ehrenamt geschaffen werden.

Mit den **Lernmaterialien** können Kinder bereits ab dem Kindergartenalter erlernen, auf Gefahrensituationen entsprechend zu reagieren. Die Inhalte werden von Pädagoginnen und Pädagogen in Kindergärten und Schulen vermittelt und können mit Unterstützung der örtlichen Feuerwehr(en) noch interessanter und realitätsnaher gestaltet werden (z. B. bei einem Besuch im Feuerwehrhaus). Als Nebeneffekt der Initiative wird ein größeres Interesse an der Feuerwehrjugend erwartet.

Link: <http://www.gemeinsam-sicher-feuerwehr.at/>

Eine Reihe von Feuerwehren stellen auf ihrer Website Informationen zum Umgang mit Hochwasser im Akutfall vor, z. B.:

Freiwillige Feuerwehr Brand: <https://www.ff-brand.at/index.php?id=63>

Freiwillige Feuerwehr Berndorf: <http://www.ff-berndorfstadt.at/buergerservice/fuer-ihre-sicherheit/hochwasser/>

Freiwillige Feuerwehr Eberstalzell: <https://www.ff-eberstalzell.at/service/tipps-und-infos/>

3 IN DER INTEGRATION TÄTIGE ORGANISATIONEN

Herausforderungen

Personen mit Migrationshintergrund nehmen Österreich hinsichtlich der Gefährdung durch Naturgefahren oft als sicheres Land wahr. Wenn Naturgefahren doch als Risiko erkannt werden, so werden sie meist als nicht so wild, gefährlich und bedrohlich wie im Herkunftsland wahrgenommen. Dies wird durch die Wahrnehmung von öffentlichen Schutzbauten und die Beobachtung, dass diese auch halten und sich bei Hochwasser bewähren, noch verstärkt. Im Falle eines Ereignisses besteht hohes Vertrauen in die Feuerwehr.

Ein geringes Risikobewusstsein, das hohe Vertrauen in öffentliche Schutzbauten und in die Feuerwehr sowie die zu geringe Eigenvorsorge sind Phänomene, die in Österreich generell zutreffen. Das mangelnde Wissen um das Naturgefahrenrisiko in einer Gemeinde kann jedoch dann zum Problem werden, wenn sich Neuankömmlinge z. B. wegen kostengünstiger Grundstücke oder Häuser in Bereichen ansiedeln, die in einer Gefahrenzone liegen.

3.1 Integrationsaktivitäten mit Naturgefahren verknüpfen

Hintergrund

Staat und Gemeinden übernehmen in Österreich für die Bevölkerung ein hohes Maß an Verantwortung für den Schutz vor Naturgefahren. Schutzbauwerke sind meist für ein durchschnittlich alle 100 Jahre vorkommendes Ereignis ausgelegt. Dies ist jedoch ein statistischer Wert, der auf vergangenen Berechnungen beruht. Durch Versiegelungen, Klimawandel oder zunehmenden Starkregen können diese Werte auch leicht überschritten und so in kürzeren Abständen 100-jährliche oder noch größere Hochwässer auftreten. Schutzbauten können versagen, Dämme brechen. Eine völlige Sicherheit kann durch die Schutzbauten der öffentlichen Hand also nicht garantiert werden. Zusätzlicher Schutz muss durch (meist bauliche) Maßnahmen zur Eigenvorsorge durch in Gefahrenzonen wohnende Privatpersonen selbst erfolgen. Um die Information und die Kapazitäten von Personen mit Migrationshintergrund zur Eigenvorsorge bei Naturgefahren zu verbessern, braucht es verstärkte Anstrengungen, diese auch zu erreichen und zu aktivieren.

Warum ist das notwendig?

Ziele

Personen mit Migrationshintergrund, die in Gefahrenzonen wohnen, sollen besser zu bestehenden Naturgefahren in einer Gemeinde informiert sowie zu mehr Eigenvorsorge für den Ereignisfall aktiviert werden und dabei Unterstützung erhalten.

Was soll damit erreicht werden?

Maßnahmen

Kontaktaufnahme mit der Gemeinde und der Freiwilligen Feuerwehr, um herauszufinden, ob Migrantinnen und Migranten in besonderem Ausmaß in der Gemeinde von Naturgefahren betroffen sind und wenn ja, welche Schritte für eine Verringerung des Risikos gesetzt werden könnten.

Gestaltung und Verbreitung von **Informationen**, um für Naturgefahren zu sensibilisieren und zur Eigenvorsorge zu motivieren: Dabei kann auf vorhandene Informationsmaterialien zu Naturgefahrenen zurückgegriffen werden (z. B. Tipps aus Empfehlung 5). In Inhalt und Layout sollen Personen mit Migrationshintergrund eingebunden werden. Eine klare, verständliche Sprache oder allgemein verständliche Piktogramme sind nicht nur im Zusammenhang mit Personen mit Migrationshintergrund hilfreich, sondern erleichtern es generell, die Bevölkerung besser zu erreichen.

Identifizierung möglicher Ansprechpersonen und **Multiplikatorinnen bzw. Multiplikatoren** in der Gruppe von Personen mit Migrationshintergrund: Diese können eine wichtige Funktion als Türöffner einnehmen und weitere Kontakte vermitteln, Einladungen verteilen bzw. zur Teilnahme an Infoveranstaltungen oder partizipativen Prozessen in Gemeinden motivieren. Dies können z. B. auch Gemeinderätinnen und -räte mit Migrationshintergrund sein. Personen mit Migrationshintergrund sollten motiviert werden, generell an Veranstaltungen der Gemeinde zu Naturgefahren teilzunehmen. Ein gemeinsamer Besuch kann die Hemmschwelle alleine hinzugehen überwinden.

Welche konkreten Schritte können gesetzt werden?

Personalisierte Beratung: Viele neu zugezogene Personen sind nicht in Vereinen organisiert. Hier soll gemeinsam mit der Gemeinde überlegt werden, wie man diese Einzelpersonen erreichen kann. Für sie braucht es z. B. spezielle schriftliche Informationen, die – im besten Fall auf die Situation zugeschnitten – direkt an betroffene Haushalte erteilt werden.

Persönlicher Kontakt: Noch besser funktioniert bei Menschen mit Migrationshintergrund, sie direkt zu besuchen und zu beraten. Diese relativ aufwendige Form der Kontaktaufnahme und Beratung soll vor allem dort angewendet werden, wo Menschen in besonders riskanten Gefahrensituationen wohnen. Hier können Personen oder Vereine, die Erfahrung in der Arbeit mit Personen mit Migrationshintergrund haben, unterstützend tätig werden, um die richtige Form der Kontaktaufnahme und Beratung zu finden.

Organisation von „**Sicherheits-Events**“ im Sinne eines Andockens von in der Integration tätigen Vereinen zu Umwelt- oder Sicherheitsthemen: Das Thema der Naturgefahrenvorsorge kann mit Bereichen wie z. B. Übungen mit dem Feuerlöscher oder Besuch der Feuerwehr verknüpft werden. Gemeinsam kann festgestellt werden, ob die jeweiligen Wohngebäude in von Hochwasser oder Starkregen gefährdeten Zonen liegen. Dies kann durch gemeinsames Ansehen von Kartenmaterialien erfolgen (Flächenwidmungsplan, hora.gv.at, Gefahrenzonenplan, GIS-Karten der Landesverwaltungen etc.). Wichtig ist dabei, konkret aufzuzeigen, was man persönlich tun kann, wenn man in einer Gefahrenzone wohnt. Auch hier muss die Information so attraktiv und lebendig wie möglich gestaltet werden. Es braucht möglichst konkrete und angreifbare Informationen, wie z. B. durch das Ausstellen von Verschlussystemen (etwa in Kooperation mit Baumärkten oder Zivilschutzverbänden).

Durchführung von **gemeinsamen Übungen** mit Zivilschutzorganisationen, der Feuerwehr und weiteren Hilfsorganisationen: Die Übungen sollen gezielt in Gegenden stattfinden, wo ein relativ hoher Anteil an zugezogenen Personen in Gefahrenzonen wohnt. In die Planung und Organisation sollen Ansprechpersonen der Migrantinnen und Migranten eingebunden werden. Mögliche Naturgefahren sollen visualisiert und begreifbar gemacht werden – z. B. durch das Spannen blauer Bänder, die Hochwasser symbolisieren – und der mobile Hochwasserschutz aufgebaut werden. Im Rahmen dieser Übungen kann besser gelernt werden, welche Barrieren es für den Ernstfall geben kann. Auch das Thema Eigenvorsorge soll hier angedockt werden. Weiters wären solche Übungen eine gute Möglichkeit, Personen mit Migrationshintergrund in die Feuerwehr einzuladen.

Förderung der **Weiterbildung** von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Personen mit Migrationshintergrund betreuen, auch im Themenbereich Naturgefahren: Angebote gibt es z. B. vom Zivilschutzverband (siehe auch 1.1 Weiterbildung auf Gemeindeebene forcieren).

Werden **Kurse zum Erlernen der deutschen Sprache** organisiert, kann das Thema Naturgefahren und Eigenvorsorge mitberücksichtigt werden. Das Erlernen der Sprache kann auch gut mit einer Vorstellung der Freiwilligen Feuerwehr, die es in dieser Form in vielen anderen Ländern der Welt nicht gibt, verbunden werden.

Impulsgebende

Die jeweilige Organisation, die für Integration zuständig ist. Dies kann von Gemeinde zu Gemeinde variieren.

Wer ist zuständig?**Beteiligte**

Soziale Vereine und Institutionen der Gemeinde, Vereine für und von Personen mit Migrationshintergrund (z. B. Kulturvereine), Freiwillige Feuerwehr, Rotes Kreuz, Caritas, für Katastrophenschutz zuständige Gemeindestelle, Integrationsstellen der Länder, regionale Stellen der Wildbach- und Lawinenverbauung sowie der Schutzwasserwirtschaft, für Bauen und Sanieren zuständige Akteurinnen und Akteure (Bauämter, Baustoffhandel, Baumeisterinnen und Baumeister, Architektinnen und Architekten, Planungsbüros).

Wer soll mitarbeiten?**Woran anknüpfen?****„Ein Weg zur Integration – Freiwilligentätigkeit von Migrant/innen in der Gesellschaft“**

Dieses Handbuch wurde erstellt, um jenen Organisationen Unterstützung zu bieten, die an der Einbindung von Freiwilligen mit Migrationshintergrund interessiert sind, sowie jenen, die eine Stärkung der Diversität und des Kulturbewusstseins anstreben. Freiwilliges Engagement von Migrantinnen und Migranten ist wichtig, vor allem, um soziale Ausgrenzung zu vermeiden.

Link:

http://www.iomvienna.at/sites/default/files/IOM_TOOLKIT_AUSTRIA.pdf

Anregungen aus der Praxis**„Leitfaden für Verantwortliche im Alters- und Migrationsbereich: Ältere Migrantinnen und Migranten am Wohnort erreichen“**

Der Leitfaden richtet sich an Fachleute aus dem Migrations- und Altersbereich sowie aus weiteren Themen- und Arbeitsbereichen, die auf Gemeindeebene mit älteren Migrantinnen und Migranten zu tun haben bzw. dies planen.

Der Leitfaden soll aufzeigen, wie die Gruppe der älteren Migrantinnen und Migranten am besten zu erreichen ist, welche Methoden sich für eine partizipative Einbindung eignen und wie die Dauerhaftigkeit von Angeboten und Netzwerken gewährleistet werden kann. Es geht nicht um die Entwicklung neuer Strukturen für einzelne MigrantInnen- und Sprachgruppen, sondern insbesondere um eine bessere Vernetzung der älteren Migrantinnen und Migranten am Wohnort und eine gute An- und Einbindung in bestehende Strukturen.

Link:http://alter-migration.ch/fileadmin/templates/pdf/2015_AElttere_Migranten_am_Wohnort_erreichen_Leitfaden.pdf

4 FÜR BAUEN UND SANIEREN ZUSTÄNDIGE AKTEURINNEN UND AKTEURE

Herausforderungen

Eigentümerinnen und Eigentümer von Liegenschaften, die sich im Überflutungsbereich oder in durch andere Naturgefahren gefährdeten Bereichen befinden, erhalten nur beim Neubau oder bei umfangreichen Sanierungen behördliche Bauauflagen zur Erhöhung der Sicherheit vor Naturgefahren. Diese rechtlichen Auflagen stellen ein Minimum dar. Zusätzliche Eigenvorsorge/Objektschutzmaßnahmen können die Sicherheit von Gebäuden und Personen wesentlich erhöhen.

Im Laufe der Zeit kann sich die Gefährdung eines Gebäudes verändern: einerseits durch das Gebäude selbst und dessen Nutzung, andererseits auch durch die Umgebung. Versiegelte Flächen wie Straßen und Parkplätze, Aufschüttungen oder Einfriedungen, aber auch die Lagerung von Gegenständen wie Gartengeräten oder Siloballen können das Abflussverhalten von Hochwässern verändern und im schlimmsten Fall dadurch weitere Gebäude gefährden. Zusätzlich kann auch eine Änderung der Nutzung der Gebäude zu einem höheren (finanziellen) Risiko führen. Beispielsweise werden Kellerräume oft nicht nur für die Lagerung, sondern auch für Haustechnikanlagen, Fitnessgeräte oder für Wohnzwecke genutzt. Auch Veränderungen im Klima- und Wettergeschehen wie etwa intensivere und häufigere Starkniederschläge können zu einem höheren Risiko für Liegenschaften und Gebäude führen.

Baumärkte, Baumessen, in der Planung tätige Personen z. B. aus der Raumplanung oder der Landschaftsplanung, Architektinnen und Architekten, Baumeisterinnen und Baumeister etc. liefern Beratung und Information für Bauwerbende. Sie brauchen das notwendige Know-how sowohl für mögliche Objektschutzmaßnahmen als auch in der Kommunikation und im Umgang mit bestimmten Zielgruppen wie z. B. Personen mit Migrationshintergrund.

4.1 Naturgefahrensicheres Bauen und Eigenvorsorge bewerben und forcieren

Warum ist das notwendig?

Hintergrund

Das Bewusstsein für Naturgefahren ist bei zugezogenen Personen mit und ohne Migrationshintergrund oft ungenügend ausgeprägt. Umso notwendiger ist ein Hinweis darauf, dass öffentliche Schutzmaßnahmen keinen vollständigen Schutz garantieren können und in Österreich grundsätzlich jede Hauseigentümerin und jeder Hauseigentümer selbst für den Schutz vor Naturgefahren verantwortlich ist.

Auch wenn den Eigentümerinnen und Eigentümern bekannt ist, dass ihr Gebäude in einer Gefahrenzone liegt, und sie bereit sind Schutzmaßnahmen zu ergreifen, ist es oft schwierig und überfordernd, ohne professionelle Hilfe die richtige Vorgehensweise, die Baumaterialien oder die Aufwände und Kosten dafür abzuschätzen.

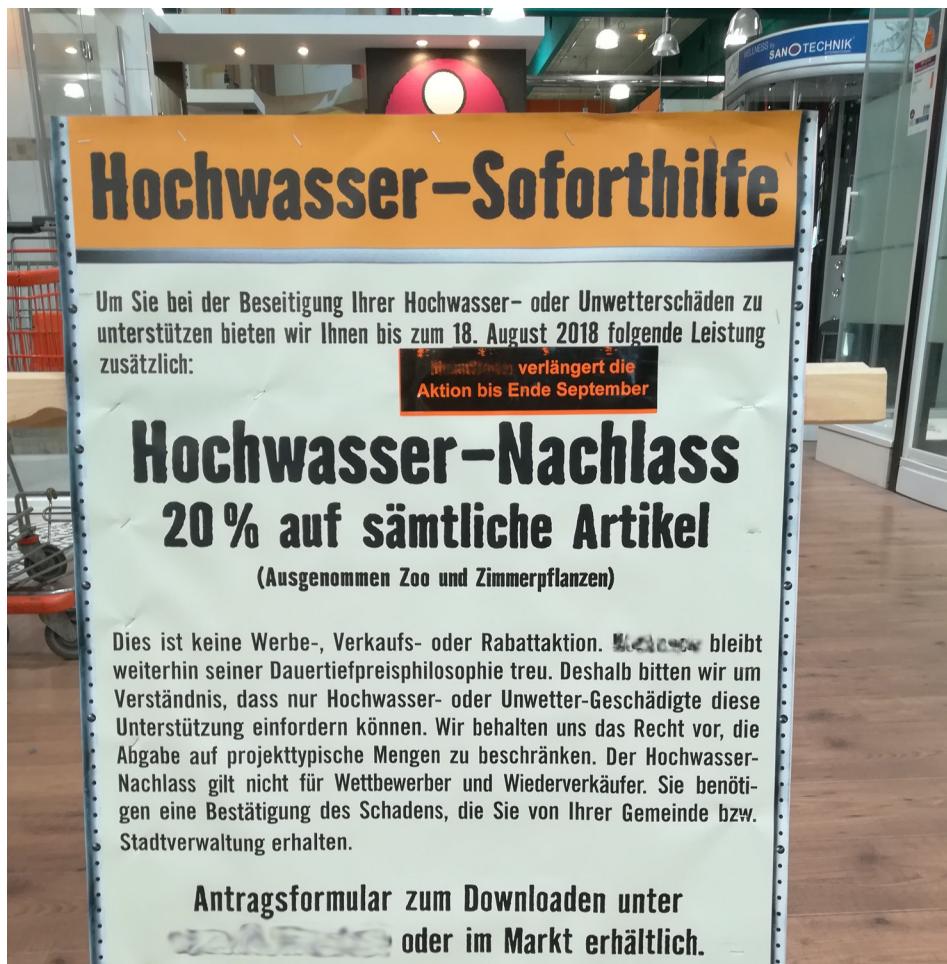


Abbildung 11:
Baumärkte bieten nach
Hochwassern oft
Rabatte an
(© UMWELTBUNDESAMT
2018)

Ziele

Akteurinnen und Akteure, die im Baubereich tätig sind, sollen verstärkt für die Folgen des Klimawandels und die Notwendigkeit für bauliche Schutzmaßnahmen sensibilisiert werden. Das Thema Eigenvorsorge bei Naturgefahren soll als neue Beratungs- und Dienstleistung im Bau- und Wohnbereich etabliert werden. So können nicht nur allgemeine Informationen gestreut, sondern Eigentümerinnen und Eigentümer (und eventuell auch in Mietwohnungen lebende Personen) mit konkreten und für die individuelle Situation passenden Beratungen erreicht werden.

Durch eine verstärkte Kooperation von im Baubereich tätigen Unternehmen, Institutionen und Personen mit Akteurinnen und Akteuren in den Gemeinden wie z. B. dem Bauamt, Katastrophenschutzbehörden, dem Zivilschutzverband, den Gebietsbauleitungen der Wildbach- und Lawinenverbauung, der Schutzwasserwirtschaft, aber auch mit sozialen Einrichtungen, Hilfsorganisationen und Vereinen, die mit Personen mit Migrationshintergrund arbeiten, sowie mit Kommunikationsexpertinnen und -experten kann sich das gegenseitige Verständnis für andere Fachbereiche erhöhen. Durch eine verbesserte Abstimmung und Vernetzung wird ein gemeinsames Vorgehen forciert, Synergien identifiziert und der Wissensaustausch untereinander gefördert. So sollen optimale Lösungen entwickelt werden, die Vorteile für alle mit sich bringen.

Was soll damit erreicht werden?

Welche konkreten Schritte können gesetzt werden?	Maßnahmen
	<p>Entwicklung von Beratungsangeboten zur Naturgefahrenprävention, die einfach und verständlich den Nutzen von Vorsorge sowie die Gefahren des Nicht-Handelns aufzeigen: Viele Personen, die in einer Gefahrenzone wohnen, sind der Annahme, dass ihre Schäden durch Versicherungen umfassend gedeckt sind!</p> <p>Vorbereitung von Informationsmaterialien bzw. einer Informationsmappe für die jeweiligen Kundinnen und Kunden (eventuell auch in anderen Sprachen): Es gibt eine Reihe von Informationen zur Eigenvorsorge bei Naturgefahren, die nicht allgemein bekannt und verbreitet sind. Dies sind z. B. die Broschüre „Leben mit Naturgefahren“ (BMLFUW 2015) oder die Folder des Elementarschaden Präventionszentrums (http://www.elementarschaden.at) sowie des Zivilschutzverbands (http://zivilschutzverband.at/).</p> <p>Teilnahme an Veranstaltungen zu naturgefahrensicherem Bauen und Fortbildungsveranstaltungen: Der Wunsch nach entsprechenden Weiterbildungsangeboten soll bei Fachverbänden und den Kammern deponiert werden.</p> <p>Nach einem Naturgefahrenereignis soll die Zusammenarbeit mit Gemeinden und regionalen Stellen der Wildbach- und Lawinenverbauung sowie der Schutzwasserwirtschaft gesucht werden, um Möglichkeiten für eine gemeinsame Beratung auszuloten.</p> <p>Möglich sind auch Ausstellungen nach Hochwassereignissen und/oder vor Beginn der Hochwassersaison in Baumärkten in Kooperation mit Gemeinden. Hier soll die Bandbreite der Möglichkeiten von mobilen Hochwasserschutzelementen und für bauliche Eigenvorsorge aufgezeigt werden.</p> <p>Organisation von Informationstagen in Baumärkten in Kooperation mit anderen im Baubereich tätigen Akteurinnen und Akteuren und mit den Medien.</p> <p>Aufnahme von Hochwasserschutzelementen in das Sortiment der Baumärkte und Bewerbung.</p> <p>Einige Baumärkte gewähren nach Hochwassereignissen Rabatte in Form von Unwetter-Soforthilfen für die Behebung der Schäden. Benötigt wird eine Bestätigung der Gemeinde bzw. Feuerwehr. Dies kann mit einer Beratung für bauliche Eigenvorsorge gekoppelt und höhere Rabatte für bauliche Eigenvorsorge gegeben werden.</p> <p>Auf Bau- und Wohnmessen soll gezielt über den Schutz vor Naturgefahren berichtet und informiert werden. In Österreich finden in jedem Bundesland jährlich Fachmessen rund um das Thema Bauen, Sanieren, Wohnen statt. Messebetreiberinnen bzw. -betreiber sind oft GmbHs (z. B. für die Messen in Tulln, Wels, Ried) sowie Unternehmen der Gemeinden bzw. kooperieren eng mit Gemeinden. Hier kann angesetzt werden, um in Zusammenarbeit zwischen Anbieterinnen und Anbietern von Schutzelementen, Gemeinden, Landesstellen, dem Zivilschutz sowie den Messebetreiberinnen bzw. -betreibern eine Informationsschiene aufzubauen. Diese Messen werden überwiegend von Personen besucht, die konkrete Bau- oder Sanierungsvorhaben planen.</p>

Impulsgebende und Beteiligte

Kammer der ZiviltechnikerInnen, ArchitektInnen und IngenieurkonsulentInnen, Geschäftsstelle Bau der Bundesinnung Bau und des Fachverbandes Bauindustrie der WKO, Bauakademien der Länder, regionale Baumärkte, lokale Wirtschaftskammern, Bauunternehmen, in der Planung tätige Personen, MessebetreiberInnen und -betreiber, Gemeinden, Wildbach- und Lawinenverbauung, Schutzwasserwirtschaft, Universitäten.

Wer ist zuständig?**Wer soll mitarbeiten?****Good Practice**

Einige Baumärkte bieten Beratung und unterschiedliche Hochwasserschutzelemente für den Schutz von Hauseingängen, Kellertüren, Garagen etc. bis hin zu Außen- und Geländeabsperrungen an. Die Angebote reichen von einer kostengünstigen Basisausstattung bis zu aufwendigeren, umfassenden Lösungen.

Links: z. B. das Lagerhaus Salzburg: <https://www.salzburger-lagerhaus.at/bauen-werken/bauen-sanieren/hochwasserschutz>
<https://www.bauhaus.at/haustuerbeschlaege/masys-hochwasser-kit-standard/p/25402733>

Anregungen aus der Praxis

Die Bauakademien der Länder, z. B. von Niederösterreich und der Steiermark, bieten Kurse bzw. Weiterbildungsangebote für ZiviltechnikerInnen und Ziviltechniker, planende BaumeisterInnen und Baumeister, Gemeinden, Baubezirksleitungen, Bausachverständige und technische Büros an, die Bauen und Naturgefahren, Hochwasserschutz, Oberflächenentwässerung und Gefährdungen durch Lawinen, Vermurungen, Rutschungen etc. behandeln.

Link: <http://www.bauakademie.at/>

Gut geschützt? Ein Check lohnt sich. Auf der Schweizer Website www.schutz-vor-naturgefahren.ch finden sich umfangreiche Materialien zum Thema Naturgefahren: vom übersichtlichen Flyer („Das können Sie als Gebäudeeigentümer tun“, „So gehen Sie als Bauherr vor“) über eine Checkliste für die Planung und Umsetzung von Gebäudeschutzmaßnahmen bis zu detaillierten Hintergrundinformationen zu den unterschiedlichen Naturgefahren wie Hochwasser, Sturm, Hagel etc.

Link: <https://www.schutz-vor-naturgefahren.ch/unterstuetzung/downloads.html>

5 BEVÖLKERUNG – SPEZIELL ZUGEZOGENE PERSONEN

5.1 Tipps für den Schutz vor Naturgefahren

Hintergrund

Bereits heute wird die Zunahme der Heftigkeit und Häufigkeit von extremen Wetterereignissen beobachtet. Der Klimawandel wird diesen Trend verstärken und die Gefährdung der Bevölkerung erhöhen. Das Bewusstsein zu den Risiken durch Naturgefahren ist jedoch im Allgemeinen niedrig und private Hochwasserschutzmaßnahmen werden erst in geringem Ausmaß umgesetzt. Menschen, die neu in eine Gemeinde kommen, sind mit lokalen Gegebenheiten nicht vertraut und kennen oft die möglichen Risiken nicht.

Abbildung 12:
Hochwasser im
August 2015.
© Foto: Bundesheer



Nutzen

Um Hab und Gut vor Gefahren schützen zu können, muss man die Gefahr kennen und über mögliche Vorsorgemaßnahmen informiert sein. Jede und jeder Einzelne kann persönlich dazu beitragen, im Falle des Falles die persönliche Gefährdung und damit mögliche Schäden zu reduzieren.

Die folgenden Tipps können von Gemeinden und Freiwilligen Feuerwehren in ihre Informationsmaterialien für die Bevölkerung übernommen werden.

Das können Sie als Person tun

● Risiko und Restrisiko klären

Klären Sie für Ihr Gebäude und Ihr Wohnumfeld, ob eine eventuelle Gefahr durch Hochwasser, Starkregen etc. besteht. Dies können Sie z. B. durch Gefahrenzonenpläne oder Hochwasserrisikokarten, Hangwasserkarten etc., die

in Gemeinden, auf Bezirksebene und in den Landesregierungen – überwiegend in elektronischer Form – zur Einsichtnahme aufliegen, erfahren. Versuchen Sie zusätzlich herauszufinden, ob es in der Vergangenheit bereits Hochwässer in Ihrer Wohngegend gegeben hat. Besteht ein Risiko, klären Sie, welche Maßnahmen Sie unmittelbar und langfristig setzen können.

Eine weitere Informationsquelle ist die **digitale Gefahrenlandkarte HORA 2.0**. Sie können im Internet eine Adressabfrage durchführen. Durch verschiedene Zoom-Einstellungen ist die Gefährdung des eigenen Hauses oder Grundstückes erkennbar. So können die Gefährdungen für jede Parzelle hinsichtlich Hochwasser, Lawinen, Rutschungen, Sturm, Blitz, Hagel, Schneelast und Erdbeben abgerufen werden.

Link: www.hora.gv.at

● **Eigenvorsorge stärken**

Die Möglichkeiten zur Eigenvorsorge für künftige Naturgefahrenereignisse sind vielfältig. Technisch-bauliche Maßnahmen beginnen bei der Auswahl des Bauplatzes, umfassen planerische Maßnahmen bei der Errichtung (wie z. B. Abdichtung, Aufständerung oder Verzicht auf den Keller) und reichen bis zu nachträglichen Schutzeinrichtungen (wie z. B. Vorbereitung von kurzfristig einsetzbaren Dammbalken und Abdichtungen vor Gebäudeöffnungen). Maßnahmen zur Eigenvorsorge umfassen des Weiteren ein Ernstfalltraining, eine Vorratshaltung, den Abschluss von entsprechenden Versicherungslösungen etc.

- Nehmen Sie Informationsangebote bei der Errichtung Ihres Wohnhauses oder zur Sanierung nach Hochwasserschäden wahr: Erkundigen Sie sich bei Ihrem Bundesland, der Architektenkammer, Ihrer Gemeinde, Bauberatungen, Baumärkten, der Feuerwehr etc. nach Angeboten zu hochwassersicherem Bauen und Sanieren (z. B. TÜV, Institut für geprüfte Sicherheit).
- Erstellen Sie einen persönlichen Notfallplan für Ihren Haushalt mit festgelegten Abläufen und Aufgabenverteilung. Unterstützung bietet hier z.B. die Checkliste Hochwasser. Diese soll Sie in der Vorbereitung auf ein mögliches Hochwasserereignis unterstützen.

Link: <http://www.katastrophenschutz.graz.at/cms/ziel/3838868/De/>

- Schaffen Sie auf Ihrem Grundstück Versickerungsmöglichkeiten für Wasser, zum Beispiel durch Regenwasserspeicher.
- Werden Sie initiativ und engagieren Sie sich selbst: z.B. in Nachbarschaftsverbänden oder Hochwasserschutzvereinen.
- Engagieren Sie sich freiwillig bei der Feuerwehr, der Berg- oder Wasserrettung, dem Team Österreich oder anderen Einsatzorganisationen.
- Erkundigen Sie sich zeitgerecht bei Einsatzorganisationen in Ihrem Umfeld, wie Sie im Notfall helfen können.
- Denken Sie im Ernstfall an Menschen in Ihrer Umgebung, die hilfsbedürftig sind oder die kein Deutsch verstehen. Sie benötigen Ihre Unterstützung.
- Informieren Sie sich in den Medien und mit Hilfe von Apps (z.B. Ihrer Versicherung) über Unwetterwarnungen.

Bei Starkregen, Gewitter und Stürmen:

- Nehmen Sie lose Gegenstände ins Haus oder befestigen Sie diese (z. B. Sonnenschirme, Fensterläden).
- Schließen Sie alle Fenster und Türen und bleiben Sie möglichst in erhöhten Räumen.
- Meiden Sie Bäume und halten Sie sich fern von Gerüsten und herabhängenden Stromleitungen.

Überprüfen Sie regelmäßig (vor einem Ereignis)

- die Durchgängigkeit der Regenwasserrinnen,
- den Zustand des Daches und Kamins,
- die Stabilität von Vordächern, Vorbauten, Fassadenverkleidungen,
- den Baumbestand auf Ihrem Grundstück hinsichtlich morscher und loser Äste.

• Informationsangebote aktiv nutzen

Informationsbroschüren zu Eigenvorsorgemaßnahmen werden u. a. vom BMNT, den Ländern, dem Zivilschutzverband, Einsatzorganisationen etc. im Internet zur Verfügung gestellt.

Links zu Broschüren

- „Leben mit Naturgefahren – Ratgeber für die Eigenvorsorge bei Hochwasser, Muren, Lawinen, Steinschlag und Rutschungen“, BMNT
https://www.bmnt.gv.at/wasser/schutz_vor_naturgefahren/leben-mit-naturgefahren_broschuer.html
- „Naturkatastrophen betreffen uns alle“, Versicherungsverband Österreich
<https://www.vvo.at/vvo/vvo.nsf/sysPages/x07B907CC33202513C1257CF400380315>
- „Hochwasser – Vorsorge bei Planung und Bau – Durch richtige Vorsorge Gebäudeschäden vermeiden“, Land Salzburg
https://www.salzburg.gv.at/umweltnaturwasser/Documents/Publikationen%20Wasser/Pub-Hochwasser/Hochwasservorsorge_Planung_Bau.pdf
- „SAFETY – Ratgeber Hochwasser“, Österreichischer Zivilschutzverband
http://www.bzsv.at/bzsv/Downloads/Brosch%C3%BCren/SAFETY_Hochwasser.pdf
http://zivilschutzverband.at/media/file/48_Zivilschutzverband_Selbstschutz_V2_web.pdf
- „SAFETY – Ratgeber wetterbedingte Naturgefahren – Unwetter-Ratgeber – Anleitung für vorbeugende Maßnahmen und richtiges Verhalten“, NÖ Zivilschutzverband
http://www.noezsv.at/noe/media/0_Dokumente/Safety_Ratgeber_wetterbedingteNaturgefahren.pdf
- „Ratgeber Wetterextreme“, Energie- und Umweltagentur Niederösterreich
https://www.energieberatung-noe.at/images/doku/07_ratgeber_wetterextreme_frei.pdf
- Folder des Elementarschaden Präventionszentrums zu Elementarschäden, Rückstau, Oberflächenwasser, Schneedruck, Hagel etc.
<http://www.elementarschaden.at/service/>

- Der Arbeitskreis Hochwasser Graz bietet in der **Broschüre „Hochwasser – Ich sorge vor!“** umfangreiche Informationen für die Bevölkerung zum Thema Hochwasserschutz und hochwasserangepasstes Bauen. https://www.graz.at/cms/dokumente/10163629_8020940/c9eadeee/20240_Hochwasser_Graz_3006low_Endversion.pdf
- Die Stadt Graz bietet zum Download eine „**Persönliche Checkliste – Hochwasser**“ an. www.katastrophenschutz.graz.at/cms/ziel/3838868/De/

- Unwetterwarnungen beachten**

Unwetterwarnungen tragen durch rechtzeitige und punktgenaue Warnungen zur Vermeidung und Verringerung von Schäden bei. Dieses Service wird von unterschiedlichen Anbieterinnen und Anbietern (Unwetterzentrale UWZ, Versicherungen etc.) zur Verfügung gestellt.

- Beratungsangebote zu Naturgefahren nutzen**

Für die Laien und den Laien ist es sehr schwierig zu bewerten, welche Maßnahmen der Prävention für ihr bzw. sein Vorhaben sinnvoll sind. Vor allem bei der Auswahl der Baumaterialien und Kriterien für die Gebäudeerrichtung (Standortwahl, Ausrichtung) ist man ohne professionelle Hilfe mitunter überfordert.

- Die Fachleute des **Elementarschaden Präventionszentrums (EPZ)** bieten Bauwerbenden, bzw. ihren Bauträgerinnen oder Bauträgern, Beratung bei der Planung von präventiven Maßnahmen an, um die Auswirkungen von Naturkatastrophen zu minimieren.

Link: <http://www.elementarschaden.at/>

- Der **Landesfeuerwehrverband Vorarlberg** bietet Beratung zum Thema **Naturgefahren** an. Als Service werden unter anderem die Erhebung des Risikos vom betroffenen Gebäude, die Ausarbeitung eines Gebäudeschutzkonzepts, eine Schulung im Umgang mit Notfallmaßnahmen (wie Pumpen, Sandsäcken, Schalttafeln etc.) und Informationen zu Eigenvorsorgemaßnahmen (wie Rückstauklappen, Dammbalkensystemen etc.) angeboten. Angeboten werden auch Vorträge und Übungen. Links zu Wetterwarnungen und allgemeinen Ratgebern zur Eigenvorsorge und zu Objektschutzmaßnahmen runden das Beratungsangebot ab.

Link: <https://www.lfv-vorarlberg.at/naturgefahren.html#serviceleistungen>

Beratungen bieten auch Baumärkte wie z. B. das **Lagerhaus, Hornbach, das Bauhaus und im Baubereich tätige Akteurinnen und Akteure an.**

Verantwortliche

Grundsätzlich ist jede Eigentümerin und jeder Eigentümer selbst für den Schutz vor Naturgefahrenen zuständig. Gemeinden, Feuerwehren, Landes- und Bundesstellen unterstützen jedoch durch öffentliche Schutzbauten und Information.

Wer ist zuständig?

6 POLITIK UND VERWALTUNG AUF BUNDES- UND LANDESEBENE

Warum ist das notwendig?

Herausforderungen

Die Eigenvorsorge privater Haushalte für zukünftige Naturgefahrenereignisse ist eine wichtige Anpassungsmaßnahme an die Folgen des Klimawandels und Bestandteil eines integrierten Hochwasserrisikomanagements. Das Risikobewusstsein und die Eigenvorsorge der Bevölkerung sind jedoch gering und ausbaufähig (HABERSACK et al. 2015, JACHS & KREUZER 2015, PRETTENTHALER & KÖBERL 2015, STICKLER 2015).

Hierfür gibt es unterschiedliche Gründe. Einerseits sind dies teilweise individuelle persönliche oder soziale Faktoren, die eine mangelnde Risikowahrnehmung bewirken. Andererseits besteht auch ein Zusammenhang mit strukturellen Rahmenbedingungen und der Frage, in welcher Form – und ob überhaupt – Naturgefahren, das Restrisiko und Möglichkeiten zur Eigenvorsorge von öffentlichen Stellen kommuniziert werden.

Hintergrund

- Gemeinden kommunizieren zum Thema Naturgefahren (z. B. auf ihren Websites) eher technische Schutzmaßnahmen der öffentlichen Hand (Bauprojekte). Sie sehen sich oft nicht als verantwortliche Stelle, um der betroffenen Bevölkerung Naturgefahren und das Restrisiko zu vermitteln.
- Eigentümerinnen und Eigentümer von Liegenschaften, die sich im Überflutungsbereich oder in durch andere Naturgefahren gefährdeten Bereichen befinden, erhalten von der Gemeinde nur beim Neubau oder bei umfangreichen Sanierungen behördliche Bauauflagen zum Schutz vor Naturgefahren. Gemeinden sehen sich oft nicht als verantwortlich für eine darüber hinausgehende (Bau-)Beratung zur Eigenvorsorge.
- Gemeinden sind sich oft unsicher darüber, auf welchen Berechnungen und Genauigkeiten Gefahrenkarten/Gefahrenzonenpläne basieren und können deshalb nicht fundiert bei Diskussionen mit Einwohnerinnen und Einwohnern argumentieren. Die örtliche Überprüfung des Gefahrenzonenplans bindet die relevanten Stakeholder sowie bei Bedarf auch Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer ein und ist eine wichtige – und oft die einzige – Gelegenheit, bei der die Gemeinde die Pläne erklärt bekommt.
- Die Gemeinden – und hier vor allem kleinere Gemeinden – sehen sich durch Anforderungen für Risikokommunikation oder ergänzende Beratung zu Eigenvorsorgemaßnahmen überfordert.
- Gemeinden sind sich oft unsicher darüber, ob es politische und wirtschaftliche Nachteile bringen kann, bestehende Gefahren und Restrisiken in der Gemeinde zu kommunizieren. Dies kann so weit gehen, dass z. B. Wildbachbegehungen nicht konsequent durchgeführt werden.
- Regionale Stellen der Wildbach- und Lawinenverbauung und des Schutzwasserbaus sehen ihren Schwerpunkt eher bei der Planung und dem Bau von Schutzbauwerken. Sie beraten bei individuellen Anfragen, führen aber keine kontinuierliche aktive Kommunikation zur Eigenvorsorge mit der Bevölkerung.

- Ergebnisse aus Studien zeigen, dass Risikokommunikation zielgruppengerecht erfolgen muss und eine Informationsbroschüre für „alle“ nicht ausreicht.
- Bestehende Materialien zur Eigenvorsorge sind zu wenig bekannt – weder bei Gemeinden noch bei Feuerwehren.
- Pläne wie z. B. Gefahrenzonenpläne sind durch die Verwendung von Fachbegriffen oder einer nicht selbsterklärenden grafischen Gestaltung wenig geeignet für die Kommunikation mit der Bevölkerung.
- Es mangelt an auf die jeweilige lokale Situation zugeschnittenen Informationsmaterialien und Kommunikationsstrategien, wie Risikobewusstsein über längere Zeiträume hinweg aufrechterhalten werden kann.
- Ein gut aufbereiteter Dialog mit breiter Einbindung aller Betroffenen findet oft nur punktuell und im Rahmen von (oft zeitlich begrenzten) Projekten statt.
- Die betroffene Bevölkerung sieht die Verantwortung zum Schutz vor Naturgefahren überwiegend bei der öffentlichen Hand und glaubt, durch Versicherungen ausreichend geschützt zu sein. Öffentliche Schutzbauten tragen ebenfalls zu einem hohen Sicherheitsbewusstsein bei. Dazu kommen ein über die Jahre hinweg stark abnehmendes Risikobewusstsein nach einem Ereignis sowie die Tendenz zu Verdrängungen und Verharmlosungen von Risiko. Zugezogene Personen aus dem In- und Ausland haben, wenn sie noch keine Naturgefahren in Österreich erlebt haben, oft ein noch geringeres Risikobewusstsein. Ohne Risikobewusstsein gibt es jedoch zu wenig Handlungsmotivation für Eigenvorsorge.
- Feuerwehren sehen ihren Fokus (auch für die Kommunikation) im Einsatzfall und nicht so sehr in der Naturgefahrenprävention und thematisieren diese auch nur selten über ihre Medien (z. B. Websites).
- Gemeinden und Feuerwehren werden sowohl von der langansässigen Bevölkerung als auch von Personen mit Migrationshintergrund als die wichtigsten Informationsquellen zu Naturgefahren gesehen. Wenn beide Institutionen in einer Gemeinde keine Kommunikation zu Eigenvorsorge betreiben, fallen die wichtigsten Kommunikationskanäle aus.

Ziele

Gemeinden und Feuerwehren benötigen Unterstützung, um Risikokommunikation zu betreiben und zur Eigenvorsorge zu motivieren oder zumindest Beratung zu vermitteln. Risikokommunikation ist ein neuer und zusätzlicher Aufgabenbereich für Gemeinden, der durch die Verknüpfung mit Integrationsthemen noch anspruchsvoller wird. Vor allem kleinen Gemeinden fehlt es oft an Ressourcen, Wissen über vorhandenes Informationsmaterial und Know-how zu Risikokommunikation. Ein breites Schulungsprogramm für Gemeinden, aber auch Zivilschutzorganisationen zu Risikokommunikation und Eigenvorsorge mit Fokus auf Einbindung von Zugezogenen sowie Menschen mit Migrationshintergrund bringt einen Prozess sozialen Lernens ins Laufen. Die Erfahrungen daraus sollen genutzt werden, um schrittweise bessere Materialien und Prozesse für die Hebung der Eigenvorsorge über unterschiedlichste Kanäle zu erarbeiten.

Was soll damit erreicht werden?

Für eine möglichst gute Unterstützung der Gemeinden und Feuerwehren braucht es einen von Bund und den Ländern getragenen Rahmen mit rechtlichen Voraussetzungen, Förderungen, Informationsmaterialien, Weiterbildungsmöglichkeiten und Vernetzungstätigkeiten.

**Welche konkreten
Schritte können
gesetzt werden?**

Maßnahmen

Regulatorische Maßnahmen:

Neue und nicht immer umstrittene rechtliche Maßnahmen können dazu dienen, einen Diskurs zum Umgang mit Naturgefahrenrisiken anzustoßen.

Ansatzpunkte, die in Rechtsmaterien berücksichtigt werden sollen, sind:

- **Mittel aus dem Katastrophenfonds** sollen an Anreize kollektiver und individueller Risikovermeidung geknüpft werden. Versicherungslösungen, die komplementär zum Katastrophenfonds wirken, sollen ermöglicht, aber soziale Notfälle berücksichtigt werden (PRETTENTHALER & KÖBERL 2015, BMLFUW 2017).
- **Anpassung des Mietrechtsgesetzes/Wohnungseigentumsgesetzes:**
Mieterinnen und Mieter sind oft nicht über die möglichen Naturgefahren informiert und auch meist nicht in der Lage, Eingriffe in die Substanz des Wohnhauses zu unternehmen, um die Eigenvorsorge zu erhöhen. Gerade Personen mit Migrationshintergrund oder sozial benachteiligte Personen sind aber oft auf Mietverhältnisse angewiesen. Eine Prüfung von Maßnahmen zur Weiterentwicklung von wohnrechtlichen Rahmenbedingungen im Mietrechtsgesetz, Wohnungseigentumsgesetz, Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz und dem Bestandrecht im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch zur besseren Integration von Klimawandelanpassung wird empfohlen, wobei hier gleichwertig sowohl Interessen der Mieterinnen und Mieter als auch der Eigentümerinnen und Eigentümer sowie soziale Aspekte zu berücksichtigen sind, um die Wohnkosten nicht in die Höhe zu treiben (BMLFUW 2017). Zu überlegen wäre z. B. bei Lage des Objektes in einer Gefahrenzone eine Informationspflicht der Vermieterinnen bzw. Vermieter gegenüber den Mieterinnen bzw. Mietern anhand eines standardisierten und zu unterschreibenden Informationsblattes. Hervorgehen soll daraus, welche Gefährdung besteht und welche Pflichten Eigentümerinnen bzw. Eigentümer sowie Hausverwaltungen haben und welche die Mieterinnen bzw. Mieter.
- **Etablierung eines Naturgefahrenausweises für Gebäude:** Die Einführung eines verpflichtenden Gebäudeschutzausweises wäre ein Instrument der Risikokommunikation für neu zu errichtende und bestehende Gebäude in Gefahrenzonen der Schutzwasserwirtschaft und der Wildbach- und Lawinenverbauung mit dem Ziel, einen einheitlichen Qualitätsstandard für Bauen in Gefahrenzonen vorzugeben (BRAUN 2014).

Maßnahmen der Risiko-Governance:

- **Verknüpfung von Integration und Naturgefahren:** Bereiche, die bisher kaum Berührungspunkte hatten, wie bestehende Institutionen zum Schutz vor Naturgefahren und Vereine für Menschen mit Migrationshintergrund, sollen zusammengebracht werden. Mit einem verstärkten Erfahrungsaustausch, der gemeinsamen Ausarbeitung von Leitfäden, Arbeitshilfen, Informationskampagnen etc. können einerseits Schäden durch Naturgefahren reduziert und andererseits das Verständnis für andere Kulturen erhöht werden.
- **Ausbau der Zusammenarbeit mit dem Bausektor:** Sowohl auf Ebene der Gemeinde als auch auf Landes- und Bundesebene soll eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den für Naturgefahren-Vorsorge zuständigen Institutionen und den im Baugewerbe tätigen Personen erfolgen.

- **Schaffung von innovativen Versicherungslösungen:** Dies wäre z. B. eine Naturkatastrophen-Vollversicherung (mit risikozonierter Prämien gestaltung) verbunden mit der Feuerversicherung, um die Risikostreuung zu erhöhen und die Versicherbarkeit zu gewährleisten (BMLFUW 2017). Möglich wären auch Versicherungsprodukte mit Selbst behalten, die zugleich einen Präventionsanreiz hinsichtlich Anpassung liefern (BACHNER et al. 2011). Bestehende Gebäudeversicherungen decken derzeit meist nur in einem unzureichenden Maße Schäden durch Naturgefahren ab. Trotzdem besteht bei vielen Personen, die in einem gefährdeten Siedlungsgebiet wohnen, die Annahme, dass ihre Schäden durch Versicherungen komplett gedeckt sind.

Maßnahmen zur Risikokommunikation:

- **Vereinfachung der Gefahren- und Risikokarten:** Damit Gefahren- und Risikokarten (z. B. Gefahrenzonenpläne, Hochwasserrisikokarten, Hangwasserkarten, Rutschungsgefährdungskarten, Karten zur zukünftigen Entwicklung des Klimas) verstärkt für die Risikokommunikation mit der breiten Bevölkerung eingesetzt werden können, braucht es einfachere und für die Allgemeinheit verständlichere Darstellungen mit Vermeidung bzw. Erklärung der technischen Fachbegriffe. Zu überlegen ist auch eine App, die eine Information zur Gefährdung (**Risiko-Datenblatt**) für private Grundstücke abrufbar macht.
- **Verankerung von Naturgefahren im Bildungssystem:** Es gibt bisher schon sehr gute Ansätze zur Kommunikation von Naturgefahren für Kinder und Jugendliche wie z. B. Biber Berti (www.biberberti.com) oder den Gefahrenzonenplan für Kinder (VOLKSSCHULE ST. STEFAN o. J.) oder Gefahrenzonenplan macht Schule (Interreg Projekt CAMARO-D⁵). Hier sind vor allem jene Ansätze weiterzuentwickeln, die nicht nur theoretisches Wissen, sondern auch die praktische Erfahrung vor Ort kombinieren. Für den verstärkten Einsatz dieses Werkzeugs sollen auch entsprechende Ressourcen bereitgestellt bzw. freigestellt werden, damit dieser Ansatz öfter angewandt werden kann. Auch weitere Methoden, die auch die Eltern einbinden, wie etwa die Befragung von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen oder der eigenen Familie zu Naturgefahren durch Kinder, sollen verstärkt forciert werden. Diese Aktivitäten können auch gut für Medienarbeit genutzt werden.
- **Entwicklung spielerisch erlebbarer Methoden** für die Kommunikation von Gefahren und Restrisiko: Für die Laien und den Laien sind abstrakte Karten oft schwer verständlich. Es braucht einfache Erläuterungen, die auch von Personen verstanden werden, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. Der Gefahrenzonen-Plan für Kinder kann in adaptierter Form auch für Erwachsene eingesetzt werden. Weitere Möglichkeiten sind Hochwasserspaziergänge, „Sandkastenmodelle“ oder partizipative Kartenerstellungen, die die subjektive Sicht der Bewohnerinnen und Bewohner einfangen und sich mit den Gefahrenzonenplänen vergleichen lassen.
- **Regelmäßige Kommunikation vorhandener Unterlagen zu Risikokommunikation** und Eigenvorsorge an Gemeinden: Da es immer wieder Hinweise darauf gibt, dass auch vorhandene Informationsmaterialien in den Gemeinden nicht bekannt sind, soll ein besonderer Schwerpunkt auf die Bekanntma-

⁵ <https://www.raumberg-gumpenstein.at/cm4/de/aktuelles-lfz/forschung/5987-gefahrenzonenplan-macht-schule-interreg-projekt-camaro-d.html>.

chung der Unterlagen gelegt werden. Informationsmaterialien müssen auf der Gemeindeebene ankommen, eine wiederholte Aussendung an Gemeinden und Hinweise auf z. B. Linkssammlungen ist notwendig.

- **Erarbeitung von neuen, ergänzenden Materialien zur Risikokommunikation:** Ziel ist es, die von Gemeinden oft gefürchtete Panikmache zu vermeiden und trotzdem genug Risikobewusstsein zu erzeugen, damit Maßnahmen zur Eigenvorsorge gesetzt werden. Zusätzlich sollen Beispiele, wie gute Risikokommunikation auch politische Ziele unterstützen kann, aufbereitet werden, z. B. Reduzierung des Drucks zur Freigabe von Flächen in Gefahrenzonen, Akzeptanz von Übungen oder Einsätzen
- **Klare Kommunikation der Verantwortlichkeiten:** Es sollen klare, verbindliche Verantwortlichkeiten geschaffen und auch kommuniziert werden, um eindeutig festzulegen, welche Stellen für die Vermittlung von Eigenvorsorge und verbleibendem Risiko gegenüber Privatpersonen verantwortlich sind.
- Um die **Gemeinden** hierbei **bestmöglich zu unterstützen**, soll über Möglichkeiten zur Auslagerung an Externe, Kooperation mit anderen Gemeinden oder Fördermöglichkeiten (etwa für Wildbachbegehungen) aktiv informiert werden.
- **Zu überlegen sind Informationspflichten:**
 - Die Gemeinde könnte verpflichtet werden, Personen die Eigentum besitzen oder vermieten oder in Gemeindebauten wohnen, hinsichtlich Naturgefahren informieren.
 - Die Eigentümerinnen und Eigentümer von Wohnbauten oder Mietwohnungen könnten verpflichtet werden, Personen, die von ihnen Gebäude kaufen oder mieten, über Naturgefahren zu informieren.
- **Bessere Berücksichtigung verwundbarer Gruppen im Katastrophenschutzplan:** Es ist zu überlegen, besonders verwundbare Gruppen (u. a. ältere Personen, Kinder, pflegebedürftige oder psychisch kranke Personen, Menschen mit besonderen Bedürfnissen, Personen mit Migrationshintergrund) deutlicher hervorzuheben, um diese im Anlassfall besser erreichen zu können. Dies kann sich in den Verantwortlichkeiten und Abläufen abbilden.
- **Nutzung bestehender Beratungsschienen wie z. B. der Energieberatung für Naturgefahren und Klimawandel:** Energieberatungen sind österreichweit seit vielen Jahren etabliert. Das Thema mit Naturgefahren und Klimawandel zu verknüpfen hat den Vorteil, eine bestehende Struktur und ein im Umgang mit der Bevölkerung bereits geschultes Personal zu nutzen.

Fortbildung und Unterstützung für Gemeinden:

- **Initiierung von Informationsveranstaltungen oder einer Ausbildungsreihe zu Restrisiko und Eigenvorsorge** für Gemeindebedienstete (v. a. Bauamt) über die Kommunalakademie sowie über die Bauakademien oder ähnliche Institutionen der Länder: Der Gefahrenzonenplan wird derzeit nur bei der Übergabe an die Gemeinden erklärt, für Details bleibt in solchen Fällen wenig Zeit, Fachbegriffe werden oft zu selten mit einfachen Worten übersetzt. In der Fortbildung für die Zielgruppe BauamtsleiterIn und AmtsleiterIn soll über sämtliche Gefahrenzonenpläne und deren Handhabung im Detail informiert werden (Hochwasserrisikokarten, Hangwasser, Gefahrenzonen der Wildbach- und Lawinenverbauung, Rutschungen etc.). Auch dass sich durch bauliche Veränderungen schnell etwas an Abflüssen verändern kann, soll den

Gemeinden besser erklärt werden: Einfriedungen, Schüttungen, die Lagerung von Gegenständen, aber auch die Bodenerosion können auf den Hochwasserabfluss Auswirkungen haben. Im Rahmen dieser Weiterbildung soll auch auf vorhandenes, aber bei den Gemeinden nicht immer bekanntes Informationsmaterial für Gemeinden (z. B. <https://gemeindeportal.die-wildbach.at>) sowie auf Information für Eigenvorsorge hingewiesen werden. So kann über die Gemeinden das Wissen an die Bevölkerung und hier v. a. an Bauwerberinnen und Bauwerber weitergegeben werden.

- **Einrichtung eines Aus- und Weiterbildungsangebots für Krisen- und Risikokommunikation** für Gemeinden: Diese Ausbildungen können z. B. über die Kommunalakademie in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Zivilschutzeinrichtungen der Länder initiiert werden. Ziel ist es, den Gemeinden die nötige Sicherheit für Krisenkommunikation im Einsatzfall und für Kommunikation zu Restrisiko und Eigenvorsorge in den Zeiten vor oder nach einem Naturgefahrenereignis zu geben. Auch vorhandene Unterlagen und Informationsangebote zu Eigenvorsorge seitens des Bundes und der Länder können auf diese Weise den Gemeinden besser bekannt gemacht werden. So können Gemeinden eine Kommunikationsstrategie nicht nur für den Krisenfall, sondern auch für Vorsorge in ruhigen Zeiten erarbeiten. Um gemeinsam mit der Bevölkerung Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Naturgefahren zu erarbeiten und umzusetzen – dies kann von technischen Schutzbauten über Rückhaltebecken oder der Entsiegelung von Flächen bis hin zu privaten Hochwasserschutzmaßnahmen und Verhaltenstipps reichen –, können partizipative Methoden zur Anwendung kommen. Auch hierzu braucht es Schulungen.
- **Förderung der Vernetzung zwischen Gemeinden:** Gerade bei relativ neuen und auch anspruchsvollen Themen wie der Anpassung an den Klimawandel und der Vermittlung von Restrisiko lernen Gemeinden gerne von anderen Gemeinden. Dieser Austausch soll verstärkt von Bund und Ländern gefördert werden. Auch die Zusammenarbeit und der Austausch über Gemeindegrenzen hinaus können wesentlich dazu beitragen, mit Gefährdungen besser umzugehen und das meist vorhandene Potenzial zur Vermeidung von Schäden zu nutzen.
- **Gemeinsames Lernen:** Anschließend an Fortbildungsaktivitäten sollen Feedbackschleifen zu den Schulungen und zu den bestehenden Informationsmaterialien eingebaut werden: Wie gut können die Gemeinden die bestehenden Informationsunterlagen nutzen? Wo gibt es in der Kommunikation mit Betroffenen Verständnisschwierigkeiten? Wo braucht es Ergänzungen oder neue Ansätze?

Fortbildung und Unterstützung für Feuerwehren:

Die Freiwilligen Feuerwehren sind eine wesentliche Säule für den Katastrophenschutz in Österreich. Durch ihre Nähe zur Bevölkerung würden sie sich gut dazu eignen, zum Thema Eigenvorsorge zu beraten.

Fortbildung für Einsatzorganisationen (Schwerpunkt Freiwillige Feuerwehren): Schulung und Weiterbildungsangebote zur **interkulturellen Kommunikation** und Integration von Personen mit Migrationshintergrund sollen erarbeitet und aktiv in den Feuerwehren beworben werden. Ergänzend sollen diese Schulungen und ihre Anwendbarkeit sowie die Erfahrungen der Feuerwehren mit Menschen mit Migrationshintergrund evaluiert werden.

Materialien zu Naturgefahren für Organisationen, die mit Personen mit Migrationshintergrund arbeiten:

- Erstellung von **Unterlagen zur Kommunikation von Naturgefahrenrisiken an Menschen mit Migrationshintergrund**: Sowohl für die Gestaltung der Informationen als auch für deren Verbreitung sollen Einrichtungen, die mit Personen mit Migrationshintergrund arbeiten, und/oder Personen mit Migrationshintergrund selbst miteinbezogen werden. Eine einfache, verständliche Sprache oder allgemein verständliche Grafiken sind nicht nur im Zusammenhang mit Personen mit Migrationshintergrund hilfreich, sondern auch dafür, die österreichische Bevölkerung besser zu erreichen.

Fortbildung zu naturgefahrensicherem Bauen

Hier soll in Kooperation mit der Kammer der ZiviltechnikerInnen, ArchitektInnen und IngenieurInnen sowie der Geschäftsstelle Bau der Bundesinnung Bau und des Fachverbandes der Bauindustrie der WKO auch die Aus- und Fortbildung der PlanerInnen und Planer, ArchitektInnen und Architekten sowie der BaumeisterInnen und Baumeister zum Thema Bauen in Bereichen, die Naturgefahren ausgesetzt sind, verstärkt werden. Hier soll auch erklärt werden, auf welchen Berechnungen Gefahren- und Risikopläne beruhen, damit dies in die Beratung für Bauwerbende einfließen kann und Verständnis für Restrisiko entsteht.

VERWENDETE UND WEITERFÜHRENDE LITERATUR

APCC – Austrian Panel on Climate Change (2014): Österreichischer Sachstandsbericht Klimawandel 2014 (AAR14).

BACHNER, G.; BEDNAR-FRIEDL, B.; KOLAND, O.; STEININGER, K.; WOLKINGER, B.; BALAS, M.; FELDERER, A. & KÖNIG, M. (2011): Strategien zur Anpassung an den Klimawandel der österreichischen Wirtschaft. Beitrag zur nationalen Klimawandel-Anpassungsstrategie. Im Auftrag des Klima- und Energiefonds. Wien.

BALAS, M.; GLAS, N.; SEEBAUER, S.; LIEHR, C.; PFURTSCHELLER, C.; FORDINAL, I. & BABICKY, P. (2015): Freiwilligenengagement in der Zukunft! Maßnahmen für die langfristige Absicherung der Freiwilligenarbeit im Katastrophenschutz. Gefördert durch den Klima- und Energiefonds. Wien. ISBN 978-3-99004-340-0.

BMASK – Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2015): Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des Freiwilligen Engagements in Österreich. 2. Freiwilligenbericht. 1. Auflage 2015. Wien. ISBN: 978-3-385010-380-0.

BMLFUW – Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2015): Leben mit Naturgefahren. Ratgeber für die Eigenversorgung bei Hochwasser, Muren, Lawinen, Steinschlag und Rutschungen. Wien.

BMLFUW – Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2017): Die österreichische Strategie zur Anpassung an den Klimawandel. Teil 2 – Aktionsplan. Handlungsempfehlungen für die Umsetzung. Aktualisierte Fassung Jänner 2017. Wien.

BRAUN, J. (2014): Gebäudeschutzausweis. Ein zertifiziertes Steuerungsinstrument des Risikomanagements. Masterarbeit. Universität für Bodenkultur, Wien.

GROTHMANN, T. & REUSSWIG, F. (2006): People at Risk of Flooding. Why Some Residents Take Precautionary Action While Others Do Not. In: *Natural Hazards*. Jg. 38, Heft Nr. 1–2. S. 101–120.

HABERSACK, H.; SCHOBER, B. & RUDOLF-MIKLAU, F. (2015): FLOODRISK E(valuierung). Analyse der Empfehlungen aus FR I und II und deren Umsetzungsfortschritt im Lichte der Umsetzung der Hochwasserrichtlinie. Subprojekt Hochwasserrisikomanagement. Hg. BMVIT, BMI, BMLFUW, Wien.

HEUSER, T.; NITSCH, G.; ANAPA, H. & SENGUEL, F. (2013): Aktivierung von türkeistämmigen MigrantInnen für den Klima-, Umwelt- und Naturschutz. Abschlussbericht über ein Umweltbildungsprojekt, gefördert durch die deutsche Bundesstiftung Umwelt. Berlin.

IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change (2014): Climate Change 2014. Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC, Geneva, Switzerland.

IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change (2018): Global warming of 1.5°C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5°C above pre-industrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty.

JACHS, S. & KREUZER, S. (2015): FLOODRISK E(valuierung). Analyse der Empfehlungen aus FR I und II und deren Umsetzungsfortschritt im Lichte der Umsetzung der Hochwasserrichtlinie. Subprojekt Katastrophenmanagement. Hg. BMVIT, BMI, BMLFUW, Wien.

NETZWERK LEICHTE SPRACHE (2013): Die Regeln für Leichte Sprache. https://www.leichte-sprache.org/wp-content/uploads/2017/11/Regeln_Leichte_Sprache.pdf, zuletzt abgerufen am 22. Jänner 2019.

NÖ LR – Amt der Niederösterreichischen Landesregierung (2016): Hangwasser und Erosion. Beratungsangebot des Landes NÖ und der NÖ Landeslandwirtschaftskammer. St. Pölten.

ÖIF – Österreichischer Integrationsfonds (2014): Fact Sheet 04 Migration und Wirtschaft. Wien. <https://www.integrationsfonds.at/index.php?id=84>, zuletzt abgerufen am 8. März 2019.

PRETTENTHALER, F. & KÖBERL, J. (2015): FLOODRISK E(valuierung). Analyse der Empfehlungen aus FR I und II und deren Umsetzungsfortschritt im Lichte der Umsetzung der Hochwasserrichtlinie. Subprojekt Ökonomie. Hg. BMVIT, BMI, BMLFUW, Wien.

ROHLAND, S.; PFURTSCHELLER, C.; SEEBAUER, S. & BORSDORF, A. (2016): Muss die Eigenvorsorge neu erfunden werden? Eine Analyse und Evaluierung der Ansätze und Instrumente zur Eigenvorsorge gegen wasserbedingte Naturgefahren (RE-Invent). Endbericht von StartClim2015.A in StartClim2015: Weitere Beiträge zur Umsetzung der österreichischen Anpassungsstrategie. Auftraggeber: BMLFUW, BMWF, ÖBf, Land Oberösterreich.

ROPAC, S.; HOFSTÄTTER, M.; DREISIEBNER-LANZ, S.; ORLIK, A.; LEXER, A.; ANDRE, K.; KERNITZKYI, M.; KORTSCHAK, D.; PRETTENTHALER, F.; STANGL, M.; BRUGGER, K. & FORMAYER, H. (2018): Klimastatusbericht 2017. Hg. CCCA, Wien. <https://www.ccca.ac.at/de/wissenstransfer/klimastatusbericht/>, zuletzt abgerufen am 8. März 2019.

RUDOLF-MIKLAU, F. (2018): Umgang mit Naturkatastrophen: Ratgeber für Bürgermeister und Helfer. Linde Verlag. ISBN: 9783707335545.

SCHNEIDERBAUER, S.; BERGER, H.; HARTMANN, S.; RIMBÖCK, A.; DALLA TORRE, C. & PEDOTH, L. (2018) : Der Umgang mit verbleibendem Risiko. Situationsanalyse und Herausforderungen im Alpenraum. In: *Regionale Risiko Governance. Recht, Politik und Praxis*. Hg. Kanonier, A. & Rudolf-Miklau, F. Verlag Österreich. S. 541–554. ISBN: 978-3-7046-8006-8.

STATISTIK AUSTRIA: Bevölkerung mit Migrationshintergrund seit 2008. 20.06.2018. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_migrationshintergrund/069443.htm, zuletzt abgerufen am 27. November 2018.

STICKLER, T. (2015): FLOODRISK E(valuierung). Analyse der Empfehlungen aus FR I und II und deren Umsetzungsfortschritt im Lichte der Umsetzung der Hochwasserrichtlinie. Subprojekt Bewusstseinsbildung und Öffentlichkeitsbeteiligung. Hg. BMVIT, BMI, BMLFUW, Wien.

STOCK, M. (2011): Alle im Boot? Schwer erreichbare Zielgruppen im Beteiligungsprozess. Netzwerk Bürgerbeteiligung. https://www.mitarbeit.de/fileadmin/inhalte/02_veranstaltungen/fwa_2012_input_stock.pdf, zuletzt abgerufen am 8. März 2019.

VOLKSSCHULE ST. STEFAN: Projekt: Erstellen eines Gefahrenzonenplanes mit Kindern. O. J. <http://www.vs-st-stefan-gail.ksn.at/06/wlv/wlv.htm>, zuletzt abgerufen am 22. Jänner 2019.

WAGNER, K. & SUDA, M. (2004): Naturgefahren aus der Perspektive der Bevölkerung – Eine große Black Box!? In: *Internationales Symposion INTERPRAEVENT 2004 – RIVA/TRIENT*. S. 285–296. http://www.interpraevent.at/palm-cms/upload_files/Publikationen/Tagungsbeitraege/2004_4_IIX-285.pdf, zuletzt abgerufen am 8. März 2019.

ZAHNT, N.; EDER, M. & HABERSACK, H. (2018): Herausforderungen durch pluviale Überflutungen – Grundlagen, Schäden und Lösungsansätze. In: *Österr. Wasser- und Abfallwirtschaft*. Jg. 70, Heft Nr. 1–2. S. 64–77. Springer, Wien. <https://doi.org/10.1007/s00506-017-0451-7>, zuletzt abgerufen am 8. März 2019.

ZAMG – Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik: Unwetterchronik. O. J. <https://www.zamg.ac.at/cms/de/klima/klima-aktuell/unwetterchronik?jahr=2018&monat=12>, zuletzt abgerufen am 28. Februar 2019.

Umweltbundesamt GmbH

Spittelauer Lände 5

1090 Wien/Österreich

Tel.: +43-(0)1-313 04

Fax: +43-(0)1-313 04/5400

office@umweltbundesamt.at

www.umweltbundesamt.at

BürgerInnen können einen entscheidenden Beitrag zur Vorsorge vor Naturgefahren leisten, z. B. durch technische Maßnahmen beim Bauen und Sanieren. BürgerInnen, die noch nicht lange in einer Gemeinde wohnen, sind dabei besonders gefordert, weil sie die Risiken von Naturgefahren in der Region oft nicht kennen. Deswegen werden zu wenige Maßnahmen zur Eigenvorsorge getroffen. Die Studie fasst leicht umsetzbare Empfehlungen zusammen, um Zugezogene und MigrantInnen besser über ihr Risiko und mögliche Schutzmaßnahmen zu informieren. Diese Empfehlungen richten sich an Gemeinden, freiwillige Feuerwehren, Organisationen, die MigrantInnen betreuen, und an die für den Schutz vor Naturgefahren verantwortlichen Stellen der Bundesländer und des Bundes. Auch Tipps, was betroffene Personen selbst als Vorsorge für den Schutz vor Naturgefahren tun können, sind enthalten.